

**SEMINAR FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK
DER UNIVERSITÄT FREIBURG / SCHWEIZ**

**DUALISMUS, PLURALISMUS ODER
MONISMUS DER STEUERUNGSSYSTEME ?**

*von Bruno Jeitziner
und Henner Kleinewefers*

FREIBURG 1994

**SEMINAR FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK
DER UNIVERSITÄT FREIBURG / SCHWEIZ**

**DUALISMUS, PLURALISMUS ODER
MONISMUS DER STEUERUNGSSYSTEME ?**

*von Bruno Jeitziner
und Henner Kleinewefers*

**VORTRAGSGRUNDLAGE UND DISKUSSIONSPAPIER
FÜR DIE JAHRESTAGUNG FÜR NEUE POLITISCHE ÖKONOMIE
15.-17. SEPTEMBER 1994**

INHALT

	Seite
I. Einleitung	1
II. Dualismus, Pluralismus oder Monismus der Steuerungs- systeme : Der empirische Aspekt	2
1. Dualismus, Pluralismus und Monismus der Steuerungs- systeme in der Beschreibung	2
2. Dualismus, Pluralismus und Monismus der Steuerungs- systeme als Hypothesen	4
III. Dualismus, Pluralismus oder Monismus der Steuerungs- systeme : Der analytische Aspekt	6
1. Das Problem	6
2. Die bisherigen Antworten vom Dualismus bis zum Pluralismus	7
a) Der "alte" Dualismus	7
b) Trialismus und "neuer" Dualismus	8
c) Pluralismen	10
3. Grundzüge eines methodisch-analytischen Monismus	11
IV. Taxonomien des Tauschs	14
1. Steuerungssysteme als Tauschverhältnisse	15
2. Taxonomie nach Leistung und Gegenleistung	17
3. Taxonomie entsprechend der Theorie des Marktversagens	18
4. Taxonomie nach property rights	20
5. Taxonomie nach Transaktionskosten	21
6. Zur Frage der analytischen Äquivalenz der Taxonomien	22

V. Markt und Tausch	23
1. Markt als spezieller Tausch	23
2. Allgemeine und spezielle Markttheorien	25
3. Zur Frage der Übertragbarkeit der ökonomischen Markttheorie(n) auf andere Tauschformen	28
VI. Konsequenzen für die Ordnungstheorie	29
Verzeichnis der zitierten Literatur	32

I. EINLEITUNG

Wie auch immer Wirtschaftsordnungen im einzelnen definiert werden, es besteht Einigkeit darüber, daß das Steuerungssystem¹ ein Kernstück jeder Wirtschaftsordnung ist. Damit ist die Einigkeit allerdings anscheinend auch schon erschöpft.

Es wird zunächst darüber gestritten, was der genaue Inhalt des Steuerungssystems sei, bzw. ob man überhaupt von *einem* Steuerungssystem reden könne oder ob man nicht vielmehr von *mehreren* Steuerungssystemen sprechen müsse. In diesem Fall ist dann wiederum die genaue Zahl umstritten. In der Literatur werden vor allem die Zahlen zwei (Dualismus), drei, vier, fünf oder viele bzw. beliebig viele (Pluralismus) genannt.

Weiterhin interessiert die Frage nach den *isolierten* Eigenschaften des Steuerungssystems, wenn es nur eines gibt, bzw. der Steuerungssysteme, wenn es mehrere sind.

Gibt es mehrere Steuerungssysteme, so ist es wegen des volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs wichtig zu wissen, wie diese Steuerungssysteme aufeinander wirken, wie sie sich kombinieren lassen und welche Eigenschaften kombinierte Systeme haben. Es geht dann um die *interdependenten* Eigenschaften der Steuerungssysteme.

Wir wollen in diesem Aufsatz die beiden ersten Fragen behandeln, da sie sich *allgemein* analysieren lassen. Damit wird zugleich die Basis gelegt für die Untersuchung des dritten Problems, welches wohl zunächst entsprechend der jeweiligen Konstellation bzw. Kombination *speziell* diskutiert werden müßte und teilweise auch schon untersucht worden ist. Ob daraus schließlich eine allgemeine Theorie der Konstellations- bzw. Kombinationsmöglichkeiten und ihrer Stabilitäts- und sonstigen Eigenschaften entwickelt werden kann, muß vorerst wohl als offen angesehen werden. Die Untersuchung dieses dritten Problemkreises, welcher für die Analyse konkreter Wirtschaftsordnungen bzw. Teilordnungen sowie für ordnungspolitische Empfehlungen von entscheidender Bedeutung ist, liegt jedoch wegen seiner potentiell unendlichen Vielfalt außerhalb des Rahmens dieses Aufsatzes.

Wir beanspruchen für diese Arbeit wenig Originalität. Beabsichtigt ist einerseits (II, III) die Klärung einer Diskussion, in der es anscheinend einige Mißverständnisse gibt und bei der wir uns eigentlich wundern, daß sie überhaupt (noch) stattfindet. Andererseits (IV, V, VI) möchten wir eine methodische Auslegeordnung für die Arbeit an dem Problem geben.

¹ Wir vermeiden, von "Mechanismen" zu sprechen, da hiermit allzu leicht Assoziationen von Determinismus sowie einfacher Erkenn- und Manipulierbarkeit erweckt werden.

II. DUALISMUS, PLURALISMUS ODER MONISMUS DER STEUERUNGSSYSTEME : DER EMPIRISCHE ASPEKT

Man kann die Frage nach der Zahl der Steuerungssysteme in einem doppelten Sinn empirisch verstehen. Aus der *Beschreibung* der Realität könnte sich eine bestimmte Zahl von in einer bestimmten historischen Situation vorhandenen Steuerungssystemen ergeben. Es könnte aber auch die *Hypothese* aufgestellt werden, daß in der Realität grundsätzlich nur eine bestimmte Zahl von Steuerungssystemen vorkommen kann, bzw. daß nur eine bestimmte Zahl von Steuerungssystemen stabil im Sinn dauerhaften Bestehens ist und dementsprechend eine Tendenz zu genau diesen stabilen Steuerungssystemen beobachtet werden müßte. Beide Argumentationen kommen vor, wobei die Hypothese im allgemeinen in der schwächeren, gegen die Erfahrung leicht abzusichernden Variante der *langfristigen* Stabilitätsbehauptung auftritt.

1. Dualismus, Pluralismus und Monismus der Steuerungssysteme in der Beschreibung

Die Diskussion um die Zahl der Steuerungssysteme ist durch Euckens Beschreibung seiner zeitgenössischen Realität ausgelöst worden.¹ Mittels der "Methode" der pointierend hervorhebenden Abstraktion beschrieb er, weithin akzeptiert, die Zentralverwaltungswirtschaft - vor allem am deutschen Beispiel von 1936 bis 1945 - und die Marktwirtschaft. Zwar unterschied Eucken eine ganze Reihe von Elementen der Wirtschaftsordnung. Diese seien aber nicht vom gleichen Rang. Das dominierende Element sei das Steuerungssystem; und dafür gebe es nur zwei Möglichkeiten, das sich dezentral selbst steuernde Marktsystem und das zentral gesteuerte Planungssystem. Dementsprechend gebe es auch nur zwei Wirtschaftsordnungen, die Marktwirtschaft und die Planwirtschaft. Die übrigen Elemente der Wirtschaftsordnung hätten nur mehr oder weniger akzidentelle Bedeutung und dienten allenfalls zur näheren Beschreibung der Detailvarianten der beiden Ordnungen.

Nach dem Ende des Stalinismus in den Planwirtschaften und mit dem Erstarken des Interventions-, Leistungs- und Sozialstaats in den Marktwirtschaften wurde der Euckensche Raster für die Beschreibung der tatsächlich vorkommenden Wirtschaftsordnungen vielfach als zu eng angesehen. In der vergleichenden Systemforschung² wurde nun häufig erst mit drei und dann mit vier Ordnungstypen gearbeitet : reine und gelenkte Marktwirtschaft sowie reine und später auch reformierte Planwirtschaft. In die-

¹ Eucken 1965 (1. Aufl. 1939), Eucken 1963 (1. Aufl. 1952). Vgl. dazu auch Kleinewefers 1988, S. 58 ff.

² Vgl. z.B. Leipold 1988. Die Veränderungen dieses Buchs seit der 1. Auflage von 1976 geben einen guten Einblick in die Entwicklung dieses Fachgebiets.

sem Schema waren allerdings die Typen der gelenkten Marktwirtschaft und der reformierten Planwirtschaft¹ von großer empirischer Vielfalt. Im Fall der gelenkten Marktwirtschaft wurde diese Vielfalt als unterschiedliche Mischungen von markt- und planwirtschaftlichen Elementen und/oder als unterschiedliche Kombinationen von markt- und planwirtschaftlichen Elementen mit weiteren elementaren Steuerungssystemen, wie vor allem Wahlprozessen und Gruppenverhandlungen, interpretiert. In dem Viererschema bereitete es Mühe, die gruppensozialistischen und rätendemokratischen Experimente Jugoslawiens und die - häufig von Jugoslawien inspirierten - demokratisch-sozialistischen und "grünen" Reformprojekte unterzubringen. Mindestens die Erweiterung des Schemas zu fünf Ordnungstypen drängte sich auf.² Angesichts der Vielfalt der "nicht reinen" Typen konnte aber ohne weiteres auch eine höhere Zahl genannt werden.³

Eine Beschreibung der Wirklichkeit mittels nur *einer* Wirtschaftsordnung hat es bisher nicht gegeben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hätte dies wohl annähernd für die entwickelten Länder zugetroffen. Aber daneben existierten unübersehbar noch die in diesem Sinne unentwickelten Länder mit ihren völlig andersartigen Wirtschaftsordnungen. Man mag auch darüber spekulieren, ob die intensivierete Ordnungskonkurrenz in der Zukunft eine ordnungspolitisch annähernd einheitliche Welt erzwingen wird, die dann auch so beschrieben werden wird.

Beschreibungen einer Realität richten sich nach den Theorien über diese Realität. Klassifikationen reduzieren Vielfalt und Komplexität. Sie dienen damit der Erleichterung der Analyse und der Kommunikation und bergen gleichzeitig die Gefahr, das Denken fehlzuleiten. Sie sind theoriegeleitet und haben ihre Nützlichkeit bzw. Unschädlichkeit immer wieder aufs Neue zu beweisen.

Im Klartext : Welche Zahl von Wirtschaftsordnungen bei der Beschreibung der Realität zugrunde gelegt wird, ist vollständig vom Untersuchungszweck abhängig und damit, streng genommen, beliebig. Es ist bisher keine interpersonell nachvollziehbare Forschungsmethode bekannt,

¹ Die Vielfalt der Reformansätze in Osteuropa und vor allem die damit gesammelten Erfahrungen wurden allerdings in der westlichen Forschung im allgemeinen nur sehr unvollkommen oder gar nicht wahrgenommen und analysiert, was einer der Gründe für die anfängliche Hilflosigkeit gegenüber den Transformationsprozessen gewesen sein dürfte.

² Vgl. Kleinewefers 1985, S. 17 ff.

³ Es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß es praktisch und wissenschaftlich weniger erfolgreiche, von der historischen Schule beeinflusste Zeitgenossen Euckens gegeben hat, die ein wesentlich differenzierteres Beschreibungsschema für Wirtschaftsordnungen verwendeten und auf die Hypothese dominanter Elemente verzichteten. Sie kamen notgedrungen damals schon zu der Annahme beliebig vieler Wirtschaftsordnungen. In jenen Studien kann man auch heute noch interessante Problemstellungen und empirisches Material für die ordnungstheoretische Detailforschung finden. Für einen Einstieg in diese Richtung vgl. Ritschl 1965.

bei deren Anwendung zur Beschreibung der Realität eine ganz bestimmte Zahl von Wirtschaftsordnungen notwendigerweise folgen würde.¹

2. Dualismus, Pluralismus und Monismus der Steuerungssysteme als Hypothesen

Die Frage der Zahl der Steuerungssysteme ist auch zum Gegenstand von Entwicklungshypothesen gemacht worden, indem behauptet wurde, daß sich unabhängig von der in den Beschreibungen festgestellten bzw. postulierten *aktuellen* Zahl der Ordnungen und ihrer Varianten "*langfristig*" nur eine ganz bestimmte Zahl von Ordnungen halten könne bzw. durchsetzen werde. Diese Hypothesen gehen meistens vom Dualismus aus. Die "*langfristige*" Entwicklung läuft dann, sich selbst überlassen, auf *einen* Endzustand hinaus. Wenn dieser Endzustand als "gut" angesehen wird, ist die Hypothese eine Quelle der Hoffnung; wird er als "schlecht" empfunden, so ist sie ein Aufruf, es nicht so weit kommen zu lassen.² Erwähnt seien sechs derartige Entwicklungshypothesen.

Als erste sei diejenige von Marx und seinen diversen Nachfolgern genannt, dergemäß "der Kapitalismus" nach ehernen Geschichtsgesetzen durch "den Sozialismus" als Übergangsformation und schließlich durch "den Kommunismus" als geschichtlichen Endzustand abgelöst werde. Die These wurde bis zum Ende des real existierenden Sozialismus aufrecht erhalten und dürfte im ideologischen Untergrund als "*langfristige*" Erwartung bzw. Hoffnung weiterleben.

Eine weitere Entwicklungstheorie in Richtung Sozialismus verdanken wir Schumpeter, der mit anderen Begründungen eine andere Form des Sozialismus heraufziehen sah als die Marxisten.³

Alles in allem wenig originelle Varianten der Schumpeterschen Theorie wurden später unter dem Namen "Konvergenztheorie" vor allem von Galbraith und Tinbergen sowie von vielen anderen vertreten.⁴

1. Was die "Methode" der pointierend hervorhebenden Abstraktion angeht, so ist schon vor Jahrzehnten (Machlup 1960/61) festgestellt worden, daß es sich bestenfalls um ein heuristisches Verfahren, aber jedenfalls nicht um eine interpersonell nachvollziehbare wissenschaftliche Methode handelt. Daß mittels dieser "Methode" der Dualismus in der Beschreibung von Wirtschaftsordnungen begründet wurde, ist mithin wissenschaftlich unerheblich.

2. Alles das erweckt in dem religions- bzw. ideologiegeschichtlich Vorgebildeten natürlich gewisse Assoziationen.

3. Schumpeter 1950. Vgl. dazu auch Kleinewefers 1985, S. 29 ff.

4. Galbraith 1968, Tinbergen 1961. Vgl. dazu ferner Windhoff 1971 und Meißner 1971.

Nach dem ersten Bericht des Club of Rome¹ wurde vielfach behauptet, die herkömmlichen Wirtschaftsordnungen könnten angesichts der drohenden Umwelt- und Ressourcenkatastrophe "langfristig" nicht überleben. Entweder werde die Menschheit mit ihnen untergehen, oder es würden sich neue Gesellschafts-, Wirtschafts- und Politikformen entwickeln, wobei Kleinräumigkeit, weitgehende Autarkie, Gleichheit, Basisdemokratie, beschränktes Eigentum, beschränkter Konsum und allgemeine Reziprozität anstelle von Märkten die wichtigsten Gemeinsamkeiten der in den Details sehr unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen waren, die teils als Entwicklungshypothesen, teils als Utopien formuliert wurden.²

Interessant sind in unserem Zusammenhang auch liberale und ordoliberalere Vorstellungen. Die letztlich auf Marx zurückgehende und später durch die Theorie des Marktversagens noch ergänzte Entwicklungshypothese, daß das Marktsystem, sich selbst überlassen, instabil sei und eine Tendenz zur Selbstzerstörung in sich berge, hat weite Teile des europäischen Liberalismus nachhaltig beeindruckt. Zugleich behielten die Liberalen ihr grundsätzliches Mißtrauen gegenüber dem Staat bei. Die Entwicklung des Marktsystems wurde bei ihnen zur Fahrt zwischen Scylla und Charybdis: Sich selbst überlassen, würde sich das Marktsystem selbst zerstören. Dem Staat überlassen, würde es durch die kumulativen Staatsinterventionen zerstört. Trotz ungebrochenem Glauben an die Wünschbarkeit der Marktwirtschaft waren also viele Liberale durchaus nicht optimistisch im Hinblick auf deren tatsächliches langfristiges Schicksal. Man kann daher diese Liberalen in bezug auf ihre Entwicklungshypothese nur sehr bedingt als Dualisten bezeichnen. Ihre Hoffnung war, man könne durch reformierte politische Strukturen (Hayek³ und andere) und eine präzise definierte Politik (Eucken⁴ und andere) das historische Scheitern dieses zwar wünschbaren, aber instabilen Systems verhindern.

Die amerikanischen Liberalen (in europäischer Terminologie!) waren in bezug auf die Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems im allgemeinen weniger pessimistisch als die Europäer, wenn ihnen eine gewisse Skepsis auch nicht völlig fremd war.⁵ Nach dem plötzlichen Ende des real existierenden Sozialismus wird von dorthier, auch unter dem Beifall vieler bis vor kurzem noch eher ängstlicher Europäer⁶, neuerdings die alleinige

1 Meadows 1972.

2 Vgl. dazu Kleinewefers 1985, S. 313 ff.

3 Vgl. vor allem Hayek 1971 und Hayek 1980, 1981a, 1981b. Vgl. dazu auch Kleinewefers 1985, S. 73 ff.

4 Eucken 1963.

5 Vgl. z.B. Friedman 1976, 1980, 1985. Vgl. dazu auch Kleinewefers 1985, S. 119 ff.

6 In den letzten Jahren wurde der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus vor allem in Deutschland häufig als Bestätigung Euckenscher und ordoliberalen Thesen apostrophiert. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Man wird bei Eucken und seinen Nachfolgern bis in eine ziemlich junge Vergangenheit keine konkreten langfristigen - ge-

Stabilität der Marktwirtschaft und ihre - auf Grund der überlegenen Effizienz endgültige - Durchsetzung in der weltweiten Ordnungskonkurrenz als neueste Entwicklungshypothese vertreten.

Bei Licht besehen, handelt es sich bei allen diesen Hypothesen um Spekulationen, die durch den Zusatz "langfristig" jeweils gegen die empirische Überprüfung abgesichert wurden. Die Testzeit der sechsten Hypothese hat gerade erst begonnen. Alle übrigen haben sich bisher "langfristig" nicht bewährt, auch wenn die eine oder andere Hypothese bestimmte Zeitabschnitte aus ihrem Blickwinkel recht gut zu interpretieren schien. Ideologiegeschichtlich versteht man sowohl das Bedürfnis nach solchen Spekulationen als auch ihre typischen Inhalte. Erkenntnistheoretisch gesehen, liegen sie, so interessant sie im Einzelfall auch erscheinen mögen, außerhalb der Möglichkeiten der Nationalökonomie als Wissenschaft.

III. DUALISMUS, PLURALISMUS ODER MONISMUS DER STEUERUNGSSYSTEME : DER ANALYTISCHE ASPEKT

1. Das Problem

Wissenschaft ist durch Methoden und analytische Konzepte bzw. Paradigmata definiert. Interessante Fragen sind daher, einerseits ob die Ordnungstheorie anderer Methoden und Konzepte bedarf als die übrige ökonomische Theorie und welche das allenfalls wären sowie andererseits ob die Steuerungssysteme als wichtiger Teil der Wirtschaftsordnungen unabhängig von ihrer konkreten Gestalt mittels eines einheitlichen methodischen und theoretischen Ansatzes analysiert werden können oder ob dazu verschiedene und dann wieviele Ansätze erforderlich sind.

Zu der grundsätzlicheren ersten Frage haben wir früher in dem Sinn Stellung genommen, daß die Ordnungstheorie zwar ein besonders komplexes Phänomen betrifft, daß diese Probleme aber durchaus auf die üblichen Fragestellungen der ökonomischen Theorie zurückgeführt und mit deren Methoden analysiert werden können, zumal andere wissenschaftliche, d.h. intersubjektiv nachvollziehbare Methoden hierfür nicht namhaft gemacht werden können.¹ Nachdem die nunmehr gut fünfjährige intensive transformationstheoretische Debatte *ausschließlich* auf der Basis der Standardansätze und -methoden heutiger ökonomischer Theorie geführt worden ist, muß diese Position wohl nicht mehr besonders begründet werden. Wir

schweige denn kurz- oder mittelfristigen - Zusammenbruchprognosen für den Sozialismus finden.

¹ Kleinewefers 1988, Jeitziner 1989.

gehen daher nicht mehr näher auf dieses Problem ein und wenden uns der spezielleren zweiten Fragestellung zu.

Steuerung beruht auf Entscheidungen. Entscheidungen beruhen auf Willensbildung. Um Steuerungssysteme zu analysieren, benötigt man eine Theorie bzw. Theorien der individuellen und kollektiven Willensbildung und Entscheidung. Die Frage lautet nun, ob es *eine* solche Theorie für *alle* Steuerungssysteme gibt - mit Schnittstellen für die Berücksichtigung beliebiger Anwendungsbedingungen - oder ob für jedes Steuerungssystem eine besondere Theorie entwickelt werden muß, wobei dann wieder die Zahl der vorkommenden oder möglichen Steuerungssysteme interessant wird.

Mit diesem Problem wollen wir uns im weiteren beschäftigen. Es wird zunächst die einschlägige Dogmengeschichte kurz rekapituliert.¹ Dann werden die Argumente für unsere Antwort zusammengetragen.

2. Die bisherigen Antworten vom Dualismus bis zum Pluralismus

a) Der "alte" Dualismus

Zur Zeit Euckens besaß die Nationalökonomie eine Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung für individuelle Anbieter und individuelle Nachfrager von Gütern und Faktoren sowie eine Theorie der marktmäßigen Koordination solcher individueller Entscheidungen. Nicht nur wegen der praktischen Anschauung, sondern auch wegen der Theoriesituation ist es daher durchaus nachvollziehbar, daß Eucken von zwei Steuerungssystemen, dezentrale Märkte und zentrale Planung, ausging.

Für die Funktionsanalyse des Marktsystems verfügte man über eine anerkannte Methodologie und dementsprechend auch über eine ziemlich ausgebauten Theorie. Gewiß ist diese Theorie unterdessen weiterentwickelt worden, weshalb man etliche Aussagen des Ordoliberalismus bezüglich der Funktionsweise und der optimalen Gestaltung der Märkte und der Marktwirtschaft heute mehr oder weniger stark modifiziert. Das ist jedoch das normale Schicksal von Theorien in einer sich weiterentwickelnden Welt und Wissenschaft und soll uns hier nicht im einzelnen interessieren.

Aus unserer Perspektive ist vielmehr von Interesse, daß man für die Analyse der zentralen Planung damals und noch für lange Zeit *keine* Methodologie besaß und die Vorstellung völlig fremd war und blieb, man könne

¹ Vgl. auch Jeitziner 1989, S. 70 ff.

jenen System allenfalls auf den gleichen theoretischen und methodologischen Grundlagen untersuchen wie die Marktwirtschaft. Kollektive wurden wie Einzelaktoren behandelt, bzw. das ein Kollektiv repräsentierende Individuum wurde als dessen tatsächlich einziger Willensträger angesehen.¹ Die Relevanz des methodologischen Individualismus für dieses Problem wurde noch nicht erkannt, und die interne Willensbildung in Kollektiven war mithin kein Thema der Nationalökonomie. Damit blieb die zentrale Planwirtschaft in wesentlichen Aspekten unanalysierbar; denn die Theorie der individuellen wirtschaftlichen Entscheidung ist ja nicht in dem Sinne deterministisch, daß sie den Anspruch erhebe, das Verhalten eines konkreten Individuums ("des Diktators") in einer bestimmten Sache zu einer bestimmten Zeit voraussagen zu können. Tatsächlich war die Theorie der Planwirtschaft bei Eucken im wesentlichen eine Beschreibung ihrer Planungs- und Durchsetzungstechniken, der dafür erforderlichen Ressourcen sowie der daraus folgenden Ineffizienz und Verletzung wichtiger Grundwerte.

Dabei ist es in der öffentlichen Diskussion und bis weit in die Fachwissenschaft hinein lange geblieben. Eine Theorie der zentralen Planwirtschaft als Hierarchie bzw. Bürokratie also als Willensbildungs-, Entscheidungs- und Aggregationsprozeß ist erst relativ spät entwickelt und wenig zur Kenntnis genommen worden.² Dies dürfte ein wesentlicher Grund für die langjährige Überschätzung ihrer Macht und das große Staunen über ihren plötzlichen Zusammenbruch gewesen sein.

b) Trialismus und "neuer" Dualismus

Mit der zunehmenden Bedeutung des Staats für das wirtschaftliche Geschehen wurde eine ökonomische Theorie des staatlichen Handelns immer wichtiger. Der Staat war nicht nur Schöpfer und Teil wichtiger, langfristig konstanter Randbedingungen im exogenen Euckenschen Datenkranz. Er wurde zu einem oft dominierenden laufenden Akteur, und die von ihm gesetzten Randbedingungen erwiesen sich häufig als kurzlebiger als gedacht und vielleicht gewünscht.

¹ Prominentestes Beispiel ist wohl die neoklassische Sicht der Unternehmung als Einzelaktor. Wie Jensen 1983, S. 326 in Anlehnung an Simon zurecht bemerkt, kann diese Perspektive je nach dem Untersuchungszweck durchaus eine nützliche Abstraktion sein, während sie in anderen Zusammenhängen die Sicht auf wichtige Probleme verdeckt.

² Fundamental - aus marxistischer Sicht - ist in dieser Beziehung Bahro 1977. Vgl. dazu auch Kleinewefers 1985, S. 279 ff. Interessante Arbeiten zu Teilaspekten des planwirtschaftlichen Systems sind seit Ende der sechziger Jahre vor allem von Furubotn und Pejovich auf der Basis der property rights Theorie und der modernen Theorie der Unternehmung vorgelegt worden und haben schließlich auch Nachfolger gefunden. Vgl. z.B. Pejovich 1969, Furubotn/Pejovich 1970, Pejovich 1973, Furubotn/Pejovich 1973, Pejovich 1976, Pejovich 1990.

Die Endogenisierung des Staatssektors in der ökonomischen Theorie im allgemeinen und in der Ordnungstheorie im besonderen wurde also dringlich und fand nach einigen wenig beachteten Vorläufern¹ ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch statt. Es entstand die ökonomische Theorie der Politik. Für demokratische Verhältnisse wurden *Wahlen* als Steuerungssystem des politischen Sektors in Analogie zu den *Märkten* des ökonomischen Sektors analysiert.² Daneben stand weiterhin die *Planwirtschaft* als gesamtgesellschaftliches Kommandosystem, dessen Willensbildung jedoch kaum untersucht wurde. Insgesamt sind wir damit beim Trialismus angekommen, bezogen auf die Theorien der Willensbildung, Entscheidung und Aggregation in *demokratischen Marktwirtschaften* beim "neuen" Dualismus.

Ob es allerdings wirklich sinnvoll ist, von einem "neuen" Dualismus der politischen und ökonomischen Märkte zu sprechen, erscheint uns zweifelhaft. Es trifft natürlich zu, daß die *praktische Analogie*³ der politischen und ökonomischen Märkte ihre Grenzen hat. *Methodisch-analytisch* hingegen kann für beide dasselbe Instrumentarium verwendet werden, und dies geschieht ja auch tatsächlich.⁴ Mit diesem Instrumentarium können die praktischen Unterschiede sehr präzise dargestellt und in ihren Konsequenzen analysiert und verglichen werden.⁵ Methodisch gibt es keinen Dualismus zwischen der ökonomischen Theorie ökonomischer und politischer Märkte.⁶ Diese These werden wir noch ausführlich begründen.

1 Vor allem Schumpeter 1950.

2 Downs 1957, Harding 1959. Mit den Wahlen werden Abstimmungen meist in einem Atemzug genannt, obwohl es tauschtheoretisch wie auch in der Praxis erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Verfahren gibt.

3 Zur Analogie zwischen ökonomischem und politischem Wettbewerb vgl. Stigler 1972.

4 Public Choice sowohl in der Ausprägung von Chicago Political Economy (vgl. Stigler 1988) als auch in der Formulierung von Virginia Political Economy (vgl. Rowley 1993) analysiert Politik und Staat aus der Perspektive neoklassischer Preistheorie und positiver Ökonomie. Vgl. Rowley 1993, Mitchell 1989, Tollison 1989.

Die sog. Interessengruppentheorie der Regierung modelliert Politik als Quasimarkt. Vgl. Mitchell/Munger 1991, S. 523, Rowley/Shughart/Tollison 1987, S. 263, McCormick/Tollison 1981, Tollison 1990, Shughart 1990, S. 36 ff.

Die Interessengruppentheorie der Regierung hat ihre Wurzeln in Chicagos Regulierungstheorie. Vgl. dazu insbesondere Stigler 1971 und Peltzman 1976. Die (bisher) extremste Variante findet sich wohl bei Wittman 1989, S. 1395: "By applying the standard tools of microeconomic analysis, I argue that democratic markets work as well as economic markets." Für eine Kritik dieser Position vgl. Rowley/Vachris 1993.

5 In diesem Sinn ist Public Choice auch vergleichende Institutionenanalyse. Vgl. auch Frey 1990.

6 Wie die Behandlung von ökonomischen und politischen Märkten in Public Choice ließe sich auch die Markt-versus-Hierarchie-Diskussion in New Economics of Organization (Moe 1984) als "neuer Dualismus" mißverstehen. Die vertragstheoretische Erklärung von Organisationen im allgemeinen und Hierarchien im besonderen begründet jedoch ebenfalls einen analytischen Monismus. "Grundprinzip ist die Formulierung ökonomischer Fragestellungen als Vertragsprobleme. Dahinter steht die Auffassung, daß jedes Transaktionskostenproblem direkt oder indirekt als Vertragsproblem formuliert und sinnvoll unter dem

c) Pluralismen

Nachdem die grundlegenden Verhaltenshypothesen und Analysemethoden der ökonomischen Theorie einmal mit Erfolg auf ein *nichtökonomisches* Problem, nämlich politische Wahlen, angewendet worden waren, gab es gewissermaßen kein Halten mehr. Die Nationalökonomie entwickelte sich zu einer allgemeinen Verhaltenswissenschaft, die dieselben Gegenstände wie die übrigen Verhaltenswissenschaften hat, sich von ihnen aber durch ihre grundlegenden Verhaltenshypothesen und Analysemethoden unterscheidet - soweit diese nicht unterdessen dort ebenfalls Eingang gefunden haben.¹

In dem uns interessierenden Bereich der Steuerungssysteme wurden neben den Märkten und den Wahlen weitere Aggregations-, Koordinations- und Subordinationsprozesse beschrieben und analysiert, so insbesondere Kollektivverhandlungen und Logrolling sowie die ihnen vorgelagerten Prozesse der Kollektivbildung, der internen Willensbildung in Kollektiven und der kollektiven Selbstverwaltung.² Auch Hirschmans Abwanderung und Widerspruch wurden verschiedentlich als eigenständige Steuerungsprozesse angesehen.³ Auf diese Weise stieg die Zahl der genannten Steuerungssysteme je nach Autor und Zählweise mehr oder weniger beträchtlich an.

Und die meisten Autoren pflegen ihre Aufzählung der Steuerungssysteme mit "usw." abzuschließen.⁴ Dies ist schon deshalb berechtigt, weil ja die Grundformen in den unterschiedlichsten Varianten auftreten können und viele diese Varianten auch schon analysiert worden sind. Dazu kommt, daß bei der Bewältigung eines konkreten Steuerungsproblems in der Realität sehr häufig die unterschiedlichsten Kombinationen der "reinen" Steuerungssysteme zusammenwirken mit interdependenten Eigenschaften, die sich erst der sorgfältigen Detailanalyse erschließen und dann zu entsprechenden ordnungspolitischen Ratschlägen Anlaß geben können.⁵ Wir sind mithin endgültig beim Pluralismus angelangt.

Aspekt der Transaktionskosteneinsparungen untersucht werden kann." Kaas/Fischer 1993, S. 687.

¹ Vgl. z.B. Ordeshook 1990 für die Politologie, Coleman 1990 für die Soziologie, Posner 1973 für die Rechtswissenschaft.

² Besonderer Beliebtheit erfreute sich lange und teilweise bis heute die von Dahl und Lindblom 1953 eingeführte Einteilung in die vier Steuerungssysteme Markt, Bürokratie, Kollektivverhandlung und Abstimmung. Diese vier Verfahren werden z.B. noch bei Frey 1981 und Behrens 1986 ausführlich diskutiert.

³ Hirschman 1970.

⁴ Dies tut z.B. Herder-Dorneich systematisch.

⁵ Vgl. z.B. Herder-Dorneich 1980a und 1980b.

Diese Vorstellung wird der ungeheuren Vielfalt und diesbezüglichen Phantasie und Innovationskraft der Realität durchaus gerecht. Der Vorteil der Pluralismustheoretiker besteht also in der, verglichen mit den Dualisten, Trialisten etc. differenzierteren Weltsicht. Dies gilt vor allem für die Beschreibung.

Der Mangel liegt einerseits in den unvermeidlichen Abgrenzungs- und Vollständigkeitsproblemen, die sich immer stellen, wenn man eine stetige und noch nicht vollendete Realität in den diskreten Begriffen einer endgültigen Klassifikation fassen will. Dieser Mangel äußert sich denn auch in der immer neuen Erfindung von und in entsprechenden Literaturstreitigkeiten über Klassifikationen und die ihnen inhärente Gefahr, Unterschiede zu hypostasieren, die keine theoretische Basis besitzen, und damit wissenschaftliche und praktische Probleme künstlich voneinander zu trennen, die unter anderen Aspekten zusammengehören.

Der Mangel liegt andererseits in dem fehlenden gemeinsamen theoretischen und methodischen Rahmen, was systematische und *vergleichbare* analytische und empirische Untersuchungen sehr erschwert. Eine übergreifende Theorie und die Verwendung einer einheitlichen Methode versprechen darüber hinaus wissenschaftliche Skalenerträge, in manchen Fällen wohl auch die Beseitigung ideologischer und praktischer Scheuklappen. Viele interessante Fragen scheinen ohne eine gemeinsame theoretische und methodische Basis auch gar nicht analysierbar zu sein, z.B. die Effizienz der verschiedenen Steuerungssysteme oder die Entstehung und Veränderung ihrer jeweiligen konkreten Mischung u.v.a.¹

Diese analytischen Gemeinsamkeiten der verschiedenen Steuerungssysteme und die gemeinsame Analyse ihrer Unterschiede sind das Thema unserer weiteren Ausführungen.

3. Grundzüge eines methodologisch-analytischen Monismus

Unser Ansatz macht Gebrauch von drei seit längerem allgemein bekannten und auf vielen Gebieten, so auch teilweise schon im Hinblick auf das hier interessierende Problem der Steuerungssysteme, mit Erfolg verwendeten analytischen Grundfiguren.

¹ Ohne damit jemandem zu nahe treten zu wollen, wird man wohl feststellen dürfen, daß die vergleichende Systemforschung (comparative economic systems) ein signifikantes Beispiel für die beiden genannten Mängel des Pluralismus darstellt und aus diesen Gründen trotz einer Menge von Literatur wenig zur Ordnungs- und Transformationstheorie beigetragen hat, obwohl man gerade das von ihr erwartet hätte.

Wir gehen, erstens, vom *methodologischen Individualismus* aus. Das bedeutet zunächst, daß Aktionen von Aggregaten grundsätzlich auf das Verhalten der einzelnen enthaltenen Akteure einerseits und das Aggregationsverfahren andererseits zurückgeführt werden. Es impliziert außerdem, und dies zu erwähnen, ist in ordnungstheoretischen Zusammenhängen, wie ein Blick in die Literatur zeigt, nicht überflüssig, daß es keine autonom definierte kollektive Rationalität gibt.

Entsprechend erfordert unser Ansatz, zweitens, eine *Theorie des Individualverhaltens*. Dabei gehen wir von der üblichen Grundhypothese der Nutzenmaximierung unter Restriktionen aus.¹ Die Restriktionen sind gewissermaßen die speziellen Anwendungsbedingungen² der allgemeinen Theorie des Individualverhaltens und damit die erste der früher (S. 7) erwähnten Schnittstellen, die den Einsatz der Theorie des Individualverhaltens für beliebige konkrete Verhaltensklärungen ermöglicht.

Rationalität ist im Rahmen dieses Ansatzes rein formal definiert. Der Begriff der Irrationalität ist dementsprechend nur äußerst eingeschränkt verwendbar und zwar für solches Verhalten, bei dem weder die Nutzenfunktion noch - soweit dies möglich ist - die Restriktionen beachtet werden, also insbesondere rein traditionelles, rein stochastisches und rein fremdbestimmtes Verhalten. Es ist in diesem Kontext auch weder sinnvoll noch nötig noch möglich, verschiedene Rationalitäten einander gegenüberzustellen (Marktrationalität, politische Rationalität etc.); denn dies würde eine materielle Definition der Rationalität(en) voraussetzen, die auf wissenschaftliche Weise nicht erhältlich ist.

Unser Ansatz benötigt, drittens, eine *Theorie der Interaktion*. Damit soll die Koordination bzw. Subordination des individuellen Verhaltens einer Vielheit von Akteuren erklärt werden. Wir interpretieren jede Form der Interaktion als Tausch.³ Mithin ist die Tauschtheorie unsere allgemeine Theorie der Interaktion.⁴ Getauscht werden die unterschiedlichsten Güter

¹ Vgl. z.B. Silberberg 1990, S. 3 ff. Zur Annahme nutzenmaximierenden Verhaltens in Public Choice vgl. z.B. Downs 1957, S. 3-20, Buchanan/Tullock 1962, S. 17-39, Riker/Ordeshook 1973, S. 8-37.

² Dabei wird die Nutzenfunktion als gegeben unterstellt. Vgl. Stigler/Becker 1977. Dazu auch Silberberg 1990, S. 5 ff.

³ Vgl. z.B. auch Coleman 1990. Wie in der einschlägigen Literatur üblich wird also auch hier der sog. Altruismus als Rationalverhalten und Tausch interpretiert. Natürlich würde genereller Altruismus ("jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen") als Steuerungssystem erhebliche Probleme aufwerfen. Da kein Preissystem vorhanden wäre, wäre ein effizienter Einsatz der knappen Ressourcen nicht möglich. Egoismus ist vielleicht nicht die einzige mögliche Antwort auf das Problem der Knappheit, aber anscheinend eine sehr zweckmäßige und insofern im Sinne einer teleologischen Ethik durchaus akzeptable.

⁴ In der neueren amerikanischen Literatur wird demgegenüber häufig die Markttheorie als allgemeine Theorie der Interaktion verwendet. Wahrscheinlich liegt hier nur ein terminologischer Unterschied vor. Aus unserer Sicht und gemäß dem üblichen Sprachgebrauch

im weitesten Sinne des Wortes unter den unterschiedlichsten Bedingungen und zu den unterschiedlichsten Transaktionskosten. Hier liegt die zweite Schnittstelle, die den Einsatz nunmehr der Tauschtheorie für beliebige Interaktionen ermöglicht.

Diese drei wohlvertrauten Denkfiguren bilden das einheitliche ("monistische") methodisch-analytische Paradigma, welches auf beliebige Steuerungssysteme angewendet werden soll : Alles ist den individuellen Nutzen der Beteiligten erhöhender Tausch. Wir behaupten, daß damit eine genügend allgemeine und zugleich genügend differenzierte bzw. differenzierbare Theorie zur Verfügung steht, die das leistet, was geleistet werden soll, nämlich die vergleichbare systematische Analyse aller vorhandenen und denkbaren Steuerungssysteme.

Diese Position deckt sich mit jener der New Economics of Organization, welche die neoklassische Mikroökonomie auf die Analyse der sog. Steuerungsverfahren anwenden, wobei die Transaktion bzw. der Tausch die Grundlage bildet.¹

Der monistische Ansatz leugnet die empirische und hypothetische Vielfalt der Steuerungssysteme nicht. Ganz im Gegenteil. Es wird jedoch behauptet, daß es sich dabei nicht um "wesensmäßig" unterschiedliche Erscheinungen bzw. Kategorien handelt, die mit je besonderen methodischen und theoretischen Ansätzen zu analysieren wären, sondern um kontinuierliche Ausprägungen eines Grundmusters², die vor dem Hintergrund einer einheitlichen Methodologie und einheitlicher theoretischer Grundannahmen diskutiert werden können.

sind Märkte *spezialisierte* Tauschsysteme mit *besonderen* Eigenschaften. Wir ziehen daher für den allgemeinen Fall der Interaktion das Wort Tausch und für die allgemeine Theorie das Wort Tauschtheorie vor, um Mißverständnisse zu vermeiden. Die ganze Frage wird im weiteren noch ausführlich behandelt.

¹ Vgl. Weingast/Marshall 1988, insbesondere S. 133-136, Moe 1984, insbesondere S. 750.

Auch Herder-Dorneich führt letztlich alle Steuerungsverfahren auf einen Elementartyp, nämlich den Tausch zurück. Vgl. Herder-Dorneich 1980, S. 112, 1981, S. 679, Herder-Dorneich/Groser 1977, S. 18. Er scheint somit eine monistische Position zu vertreten. Es überrascht daher, daß er immer wieder für einen Pluralismus von Steuerungssystemen plädiert. Das Problem würde sich auflösen, wenn er explizit das erste für die Analyse und das zweite für die Beschreibung empfehlen würde.

² Vor allem die Transaktionskostenökonomie macht deutlich, daß die Alternativen Markt und zentralisierte Hierarchie die beiden Extrempunkte bilden, zwischen denen es eine Vielzahl organisatorischer Zwischenformen gibt. Vgl. Williamson 1985, S. 16 und S. 83. Entsprechende Hinweise gibt es aber auch aus der principal agent Theorie. Vgl. Pratt/Zeckhauser 1991, S. 4 : "Relationships vary in the degree of informational asymmetry they involve. At one extreme we have the fabled perfect-market transaction, with standardized products and all information fully shared. At the other end of the continuum are situations in which the agent has full discretion and is not observed at all by the principal."

Klassifikationen würden damit im Prinzip gegenstandslos. Das ideale Taxonomiekriterium wären vielmehr die Transaktionskosten, die die beiden erwünschten Merkmale der Einheitlichkeit und der Stetigkeit aufweisen. Dabei ergeben sich aber natürlich die bekannten konzeptionellen und operationellen Probleme, so daß für konkrete Theorien der Steuerungssysteme je nach Fragestellung andere Taxonomiekriterien zweckmäßiger sein können.

Damit wird abschließend noch einmal deutlich, daß es hier um Fragen der zweckmäßigen wissenschaftlichen Perspektive geht.¹ Wenn dies eine ökonomische Perspektive sein soll, kommt wohl nur das Tauschparadigma in Betracht. Dabei wird nicht unbedingt nach möglichst realitätsnahen Beschreibungen der Wirklichkeit gesucht, und es wird auch nicht behauptet, daß die Realität genau so beschaffen sei. Vielmehr wird aus heuristischen Gründen und zugunsten der Effizienz der Wissenschaft dafür plädiert, die Probleme entsprechend dem Tauschparadigma zu modellieren, auch wenn dabei von zahlreichen Details realer Phänomene abstrahiert wird.²

IV. TAXONOMIEN DES TAUSCHS

Tausch ist eine Form menschlicher Interaktion, bei der auf irgendeine im weiteren noch näher zu betrachtende direkte oder indirekte Weise eine Leistung durch eine Gegenleistung vergolten wird. Wir gehen davon aus, daß jede ordnungspolitisch relevante Form menschlicher Interaktion als Tausch interpretiert werden kann.³

In diesem Kapitel wird zunächst gezeigt, daß tatsächlich alle üblicherweise diskutierten Steuerungssysteme als Tauschverhältnisse verstanden werden

¹ Für Buchanan 1986, S. 19 ff. ist Public Choice "the catallaxy perspective to politics", womit das "politics-as-exchange paradigm" begründet wird. Dem mag man z.B. ein "politics-as-power paradigm" gegenüberstellen und dann die relative Erklärungskraft der beiden Paradigmata überprüfen.

² Was hier gemeint ist, wird vielleicht noch klarer, wenn man als Beispiel die Parallele zu der Kontroverse um die Gewinnmaximierungshypothese in der Theorie der Firma zieht. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre geriet die Gewinnmaximierungshypothese unter Beschuß. An deren Stelle wurden Nutzenfunktionen von Managern und anderen Unternehmensangehörigen gesetzt, wobei laufend neue Argumente eingeführt wurden. Die Diskussion lief auseinander, bis Alchian und Demsetz 1972 die Theorie der Unternehmung mittels des Vertragsparadigmas wieder auf der neoklassischen Linie zusammenführten. Ein Pluralismus der Steuerungssysteme würde ein ähnliches Auseinanderlaufen der Argumentation bewirken. Der analytische Monismus kann eine solche Entwicklung verhindern.

³ Es spricht einiges dafür, daß überhaupt *jede* menschliche Interaktion als Tausch interpretiert werden kann (vgl. auch vorher S. 12). Auf diese weiter gehende Hypothese brauchen wir uns hier jedoch nicht einzulassen und können daher auch die damit vermutlich verbundenen Kontroversen einsparen.

können. Im weiteren werden mit Hilfe mehrerer Kriterien die unterschiedlichen Eigenschaften dieser verschiedenen Tauschverhältnisse untersucht. Abschließend wird festgestellt, daß das Transaktionskostenkriterium die übrigen Kriterien im Prinzip umfaßt. Damit wird eine theoretische Basis für den Monismus sowohl in der Beschreibung als auch in der Analyse geliefert. Wegen konzeptioneller Probleme der Transaktionskosten und der Schwierigkeiten ihrer Operationalisierung¹ empfiehlt es sich jedoch, beim ordnungspolitischen piece meal engineering die übrigen Kriterien nicht zu vernachlässigen.

1. Steuerungssysteme als Tauschverhältnisse

Betrachtet man die in der Ordnungstheorie normalerweise genannten elementaren Steuerungssysteme, so bereitet die Identifizierung der jeweils relevanten Leistungen und Gegenleistungen im allgemeinen keine Mühe. Dies sei im folgenden ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne in die Einzelheiten zu gehen kurz angedeutet.

Ökonomische Märkte (auch als private Märkte bezeichnet) dienen dem Austausch von marktfähigen Waren, Dienstleistungen und "assets" aller Art, wobei in der Regel die Vermittlung durch das Geld den Tausch wesentlich erleichtert und die Tauschrelationen transparent und unmittelbar vergleichbar macht. Die Preise in Geld erweisen sich damit als ein Informations- und Signalsystem, welches in *einzigartiger* Weise die Transaktionskosten des Tauschs reduziert.

Politische Märkte (auch als öffentliche Märkte bezeichnet) werden als Tausch von politischen Programmen und gegebenenfalls auch direkten oder indirekten politischen Dienstleistungen gegen Wählerstimmen und sonstige Kandidaten- bzw. Amtsträgerunterstützung interpretiert. Diese Interpretation wird nicht nur für die Wahlen selbst, sondern auch für die laufende Parlaments-² und Regierungstätigkeit verwendet, wobei zum Teil spezielle Theorien des Logrolling und des Lobbying zur Anwendung gelangen.³

¹ Vgl. dazu jedoch Williamson 1993, S. 44 f.

² Abstimmungen in Parlamenten lassen sich, zumindest im Fall des amerikanischen Kongresses, besonders gut mit Stimmenmarktmodellen analysieren. Vgl. Weingast/Marshall 1988, S. 138 f.

³ Über die praktische Bedeutung von Abstimmungen auf politischen Märkten gehen die Meinungen auseinander. Für Virginia Political Economy bilden Abstimmungen *nicht* den Kern des Geschehens auf politischen Märkten. Die Gründe liegen bei rationaler Uninformiertheit, rationaler Stimmenthaltung, langer Zeitspanne zwischen den Wahlen und Agendakontrollproblemen. Vgl. z.B. Rowley 1993, S. xiii f. und xvi.

Chicago Political Economy räumt dem Wählermarkt eine *zentrale* Stellung ein. Die Frage "How efficient is the voting market?" beantwortet Peltzman 1990, S. 62 f.: "... the voting market emerges as a strikingly efficient aggregator of economic information. ... the

Die Tauschtheorie der Wahlen und der laufenden legislativen und exekutiven Tätigkeit sowie die speziellen Theorien des Logrolling und des Lobbying können ohne weiteres auch in *anderen als den staatlichen Kollektiven* (Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien etc.) analog angewendet werden.

Für die Fragen der *Entstehung und des Bestands von Kollektiven* wird das Tauschparadigma ebenfalls mit Erfolg angewendet, seit sein Anwendungsbereich durch eine weite Interpretation von Kosten und Nutzen des Kollektivs für seine tatsächlichen und potentiellen Angehörigen einerseits und durch die kosten- und nutzungsgesteuerte Figur des Verbandsunternehmers in Analogie zum wirtschaftlichen und politischen Unternehmer andererseits zweckmäßig verallgemeinert werden konnte.¹

Auch die Probleme der *optimalen Mitgliederzahl* von Kollektiven aller Art und der *optimalen Kollektivgröße* sind mit Hilfe der relevanten Kosten und Nutzen bzw. Leistungen und Gegenleistungen geklärt worden.²

*Abwanderung und Widerspruch*³ erweisen sich aus dieser Perspektive als Reaktionen auf ein ungenügendes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung. Widerspruch bezweckt die (Wieder)Herstellung eines akzeptablen Tauschverhältnisses. Abwanderung ist die Reaktion darauf, daß ein akzeptables Tauschverhältnis nicht erreicht werden kann oder nur zu Kosten, die den Nutzen aus der erwarteten bzw. erreichbaren Verbesserung des Tauschverhältnisses übersteigen.

Arbeits- und Auftragsverhältnisse aller Art sind immer schon als Tauschverhältnisse interpretiert worden, die häufig durch unterschiedliche Präzision bei der Definition und Kontrolle der Leistungen und Gegenleistungen charakterisiert sind, woraus das principal agent Problem resultiert.⁴

broad picture that emerges here is of self-interested voters who correctly process relevant information. Indeed, one would be hard put to find nonpolitical markets that process information better than the voting market." Zur Hypothese des effizienten Wählermarkts vgl. auch Wittman 1989, S. 1399-1402.

¹ Olson, 1965, Axelrod 1984. Vgl. auch Kirsch 1993, S. 139 ff.

² Buchanan 1965. Vgl. auch Kirsch 1993, S. 161 ff.

³ Hirschman 1970.

⁴ "In fact, the agent and principal are merely two (or more) individuals (or organizations) in some sort of explicit or implicit contractual relationship." Pratt/Zeckhauser 1991, S. 17. Vgl. auch Jensen 1983, S. 334 und Moe 1984, S. 756.

Principal agent Beziehungen sind nicht nur auf ökonomischen Märkten, sondern auch auf politischen Märkten allgegenwärtig. Das Verhalten von Exekutive, Judikative und Bürokratie kann mit diesem Modell besonders gut analysiert werden. Vgl. z.B. Pratt/Zeckhauser 1991, S. 22-24, Moe 1984, S. 765 ff. sowie den dritten Band von Rowley 1993.

Auch die staatlichen *Herrschaftsverhältnisse* lassen sich ohne weiteres aus der Perspektive des Tauschs betrachten. Beim mittelalterlichen Lehensverhältnis war dies offenkundig. Alle Varianten der Theorie vom Gesellschaftsvertrag basieren auf diesem Gedanken.⁵ Sogar die Herrschaftspraxis von Diktaturen beruht gegenüber den relevanten Gruppen der Gesellschaft auf dem do-ut-des-Prinzip von Loyalität gegen Privilegien bzw. Nichtaufbegehren gegen in Ruhe gelassen werden. Steigt z.B. wegen besserer Information über die opportunity costs der Preis, den die Beherrschten für das Ertragen der Herrschaft fordern, und/oder steigen die Ansprüche der Privilegierten des Systems und/oder sinkt dessen Leistungsfähigkeit, so wird das Tauschverhältnis aufgekündigt und die Herrschaft bricht zusammen.

Die zuvor stichwortartig in Erinnerung gerufenen Interpretationen von konkreten Steuerungssystemen aus der Perspektive des Tauschs sollen nun nach verschiedenen Kriterien systematisiert werden. Ohne eine solche Systematisierung wäre die Realität wegen der zahlreichen Abstufungen der einzelnen Steuerungssysteme und der ebenfalls zahlreichen Kombinationsmöglichkeiten mehrerer Einzelsysteme zu mehr oder minder komplexen Regelungswerken nur durch eine im Prinzip uferlose Kasuistik zu bewältigen. Auf die Wiederholung der genannten Beispiele wird im weiteren verzichtet, da die Anwendung jeweils auf der Hand liegen dürfte.

2. Taxonomie nach Leistung und Gegenleistung

Ein erstes mögliches Systematisierungskriterium für Tauschakte ist die Ausgestaltung des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung. Die wichtigsten Aspekte dieses Verhältnisses dürften die Zahl der Tauschpartner sowie der Standardisierungsgrad, die zeitliche Dimension und der Privatisierungsgrad der getauschten Güter sein, wobei die drei letzten Aspekte für die verschiedenen Tauschpartner keineswegs einheitlich geregelt sein müssen. Auf den letzten Punkt, den Privatisierungsgrad der getauschten Güter, gehen wir, wie dies üblich ist, separat unter den Stichwörtern "Externalitäten" und "property rights" ein.

Es versteht sich und ist vor allem in der ökonomischen Theorie der Politik ausführlich behandelt worden, daß mit zunehmender Zahl von Tauschpartnern die Transaktionskosten (c.p.) - vermutlich überproportional - zunehmen.

⁵ Vgl. aus der zeitgenössischen Literatur z.B. Buchanan 1975 und 1977, Nozick 1974, Rawls 1971. Die vertragstheoretische Interpretation und Analyse von Kollektiven bzw. Organisationen aller Art durch die moderne Nationalökonomie und neuerdings auch durch die Politologie hat in der staatsphilosophischen Theorie vom Gesellschaftsvertrag einen ehrwürdigen historischen Vorläufer und eine zeitgenössische Seitenlinie.

Das gleiche gilt mit abnehmendem Standardisierungsgrad der getauschten Güter bzw. *Güterbündel*, worum es sich in der Praxis aus sachlichen oder opportunistischen Gründen auch sehr oft handelt. Die Evaluation wird wegen fehlender "objektiver" cross rates schwieriger. Da auch die Substitution durch andere Güter und/oder Partner schwieriger wird, entstehen monopolistische Spielräume, welche die Verhandlungskosten erhöhen. Abnehmende Standardisierung erschwert schließlich auch die Durchsetzung und Kontrolle des "subjektiv" vereinbarten Tauschverhältnisses.

Werden Leistung und Gegenleistung Zug um Zug ausgetauscht, so sind die Transaktionskosten (c.p.) gering. Sie steigen in dem Maß, wie einerseits Leistung und Gegenleistung zeitlich auseinanderfallen und/oder andererseits die Leistung und/oder die Gegenleistung über die Zeit verteilt erbracht werden müssen bzw. anfallen. Opportunistisches Verhalten wird durch eine solche Konstellation geradezu herausgefordert. Gleichzeitig kann der treue Partner durch versunkene Kosten und - vor allem bei nicht standardisierten Gütern - die Kosten der Neuorientierung an einem Ausstieg aus dem opportunistisch mißbrauchten Tauschverhältnis gehindert sein.¹

3. Taxonomie entsprechend der Theorie des Marktversagens

Die Theorie des (ökonomischen) Marktversagens verwendet als Referenzmodell den paretooptimalen Tausch auf vollkommenen Märkten. Als Marktversagen werden Abweichungen der tatsächlichen Marktergebnisse von diesem Referenzmodell bezeichnet. Das Vorgehen unterliegt vor allem zwei Einwänden. Der eine richtet sich gegen das statische Effizienzkonzept, der andere gegen den nirvana approach.² Jedoch soll darauf nicht näher eingegangen werden, da dies für unsere Zwecke nur am Rand von Bedeutung ist.

Die Theorie wird mit unterschiedlichen Klassifikationen der Ursachen des Marktversagens vorgetragen, die sich aber bei näherem Hinsehen bzw. bei

¹ Weingast/Marshall 1988, S. 139-142 bieten ein interessantes Anwendungsbeispiel, bei dem die Analyse ökonomischer und politischer Märkte und die Transaktionskosten- und property rights Theorien ineinander übergehen. Sie diskutieren das zeitliche *Auseinanderfallen* von Leistung und Gegenleistung sowie das zeitlich *verteilte* Anfallen von Leistung und Gegenleistung beim Stimmentausch unter Gesetzgebern. Beides kann klassischen Markttausch erschweren oder gar verunmöglichen. Sie zeigen dann, wie geeignete institutionelle Vorkehrungen sicherstellen, daß trotzdem ein Tausch unter den Politikern zustande kommen kann.

² Vgl. bereits Demsetz 1969, S. 1 ff. Für Virginia Political Economy gibt es sowohl ökonomisches als auch politisches Marktversagen. Vgl. z.B. Buchanan 1984, Buchanan 1986, S. 418 ff., Rowley 1993. Demgegenüber wird sowohl ökonomisches als auch politisches Marktversagen von Chicago Political Economy bestritten. Vgl. z.B. Wittman 1989.

geeigneter Interpretation der verwendeten Begriffe jeweils ineinander überführen lassen.¹ Eine häufig verwendete Liste ist etwa die folgende :

- Güter ohne Märkte (Externalitäten, öffentliche Güter)
- unvollkommene Konkurrenz und ihre Ursachen
- unvollkommene Information
- Kosten und Zeitbedarf der Anpassung an veränderte Marktbedingungen (Transaktionskosten im engeren Sinn)

Mit Hilfe einer solchen Ursachenliste lassen sich konkrete Märkte entsprechend dem zu erwartenden Grad von Marktversagen charakterisieren.

Es gibt zwei Zusammenhänge zwischen der Theorie des Marktversagens und der allgemeinen Tauschtheorie, die uns dazu veranlassen, auf diesen Ansatz hier zu sprechen zu kommen.

Auf der einen Seite leistet die Theorie des Marktversagens einen Beitrag zur Bestimmung der Grenzen des *marktmäßigen* Austauschs. Jenseits dieser Grenzen hört jedoch der Tausch nicht auf, sondern wechselt nur die Form.²

Klassisches Beispiel für diesen Zusammenhang ist die Ablösung des Markts durch Hierarchien, die wir als eine andere Form von Tausch interpretieren.³ Dies geschieht durch Bildung von Unternehmungen an dem Punkt, wo die Transaktionskosten des Markts freier individueller Produzenten größer werden als diejenigen der organisierten gemeinsamen Produktion,⁴ und durch Bildung von politischen Kollektiven für die Produktion öffentlicher Güter an dem Punkt, wo deren Nutzenstreuung so groß wird, daß kein einzelner sie mehr im eigenen Interesse produziert.⁵ Auch die Wahl unterschiedlicher Organisationstechnologien⁶ wird durch Kosten und Nutzen gesteuert, wobei keineswegs nur die Interessen des Souveräns der Organisation eine Rolle spielen. Nicht nur das principal agent Problem macht deutlich, daß die Wahl der Organisationsform echte Tauschprobleme zum Hintergrund hat. Die jeweiligen Organisationskosten

¹ Vgl. z.B. Eickhof 1986, Fritsch/Wein/Ewers 1993.

² Furubotn 1988, S. 1 f. spricht in Anlehnung an Macneil 1974 und 1978 vom Übergang von "instantaneous market exchange" zu "relational exchange". North 1990, S. 34 f. und S. 52 ff. unterscheidet "personalized exchange", "impersonal exchange" und "impersonal exchange with third-party enforcement". Buchanan 1986, S. 20 bespricht den Übergang von "simple exchange" (bilateraler, individueller Tausch) zu "complex exchange" (multilateraler, kollektiver Tausch). Politik wird als "complex exchange" modelliert und dann marktmäßig analysiert. Vgl. dazu auch Pies 1993, ferner Hodgson 1988, S. 177.

³ Vgl. z.B. die vertragstheoretische Interpretation der Unternehmung bei Cheung 1987, S. 56.

⁴ Vgl. Coase 1937, Williamson 1975, 1985, 1993, Schenk 1981, 1988 sowie für einen Überblick über neuere empirische Untersuchungen Kaas/Fischer 1993, S. 691 f. Kritisch dazu Hodgson 1988, insbesondere S. 199 ff.

⁵ Vgl. z.B. Olson 1965, Dugger 1983, Kirsch 1993, S. 298 ff.

⁶ Vgl. Williamson 1975, 1985, Schenk 1981, 1988, Picot 1982.

und -nutzen selbst reflektieren unter anderem die unterschiedlichen Angebote, die der Organisator den zu Organisierenden machen muß, um ihre produktive und kontrollkostengünstige Kooperation zu erhalten.

Auf der anderen Seite gilt das, was die Theorie des Marktversagens für die Ursachen von Marktineffizienz sagt, im Prinzip auch für Tauschineffizienz. Die diversen Tauschformen unterscheiden sich jedoch, wie gerade festgestellt, durch ihre jeweiligen komparativen Vorteile bei der Bewältigung der verschiedenen Aspekte des Markt- bzw. Tauschversagens.

Bei den Gütern ohne Märkte ist aus der Perspektive der allgemeinen Tauschtheorie nicht nur an die üblichen Externalitäten und den Spezialfall der öffentlichen Güter zu denken. Immer wenn die zu tauschenden Leistungen und Gegenleistungen nach Art, Menge, Inzidenz und zeitlicher Verteilung unbestimmt werden, gibt es keine eindeutigen Austauschrelationen. Märkte und Preise sind dann nicht mehr möglich, wohl aber allgemeine Tauschverhältnisse der unterschiedlichsten Art. Natürlich haben solche allgemeinen Tauschverhältnisse hohe Transaktionskosten. Sie sind aber immer noch effizienter als gar kein Tausch.

Bei vagen Gütern sind die Informationsprobleme und dementsprechend auch -kosten gewissermaßen ex definitione erheblich. Dasselbe wird wohl in der Regel für die Anpassungszeiten und -kosten gelten.

Alle diese Punkte lassen für vage Güter sehr unvollkommene Konkurrenz erwarten, weil die Eintrittskosten für Anbieter und Nachfrager hoch sein dürften. Man wird daher im allgemeinen nur wenige Anbieter und Nachfrager finden bzw. ohne Kollektiv- und Monopolbildung gar keine. Im Fall des allgemeinen Tauschs wird wesentlich weniger Konkurrenz die Regel sein als auf Märkten. Unilaterale Zwangsmonopole sowie bilaterale Monopole dürften vergleichsweise häufig vorkommen. In diesem Zusammenhang gilt aber analog wie vorher : Es ist besser *einen*, vielleicht sogar unangenehmen Tauschpartner zu haben als gar keinen.

Es geht hier jedoch nicht um eine generelle Hypothese, wie sich die Dinge im Einzelfall verhalten mögen, sondern nur darum zu zeigen, daß die Theorie des Marktversagens ohne intellektuelle Gewaltanwendung für den Tausch generell eingesetzt werden kann.

4. Taxonomie nach property rights

Die property rights an den getauschten Gütern können äußerst unterschiedlich ausgestaltet sein. Die Skala reicht von "klar definiert, individuell zugewiesen und kostenlos durchsetzbar" bis "vage bzw. gar nicht definiert, sehr großen Kollektiven bzw. niemandem zugewiesen und zu prohi-

bitiven Kosten bzw. gar nicht durchsetzbar". Entsprechend unterschiedlich sind die Transaktionskosten des Tauschs.

Es sei auch hier speziell darauf hingewiesen, daß die Tauschinterpretation auch dann möglich bleibt, wenn die property rights auf einer oder beiden bzw. allen Seiten sehr vage sind. Die rechtliche Tatsache, daß Steuern "voraussetzungslos geschuldete" Abgaben sind, ändert nichts daran, daß aus der Sicht des Steuerzahlers durchaus ein Tauschverhältnis "Steuern gegen Staatsleistungen" besteht, wobei an den Steuern klare property rights bestehen und übertragen werden, während an den Staatsleistungen für den einzelnen Steuerzahler keine property rights existieren. Steuerwiderstand in allen Formen kann leicht aus der Tauschperspektive von Abwanderung und Widerspruch interpretiert werden. Die Tauschinterpretation ist auch in anderen Fällen von rechtlich und/oder organisatorisch aufgebrochenen Beziehungen von Leistung und Gegenleistung üblich und - weil Verhalten erklärend und prognostizierend - sinnvoll, so zum Beispiel in der obligatorischen Krankenversicherung, wo der einzelne seine "voraussetzungslos geschuldeten" Beiträge durch Inanspruchnahme von Leistungen wieder hereinzuholen sucht und damit als individuellen Tausch behandelt, was als kollektive "Solidargemeinschaft" gemeint und dementsprechend organisiert war.

5. Taxonomie nach Transaktionskosten

Wir haben bei der Behandlung der verschiedenen Probleme des Tauschs immer auch kurz auf die Art und Höhe der daraus entstehenden Transaktionskosten hingewiesen.¹ Insofern kann das Transaktionskostenkriterium als das allgemeine Kriterium zur kontinuierlichen Charakterisierung der unterschiedlichsten Tauschakte bezeichnet werden.

Die Skala reicht dann von den Spottransaktionen auf internationalen Finanzmärkten mit ihren zu vernachlässigenden Transaktionskosten bis zur Abwanderung aus einem Staat, in dem für die Bürger das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung derartig gestört ist, daß sie sogar die unter normalen Umständen prohibitiven materiellen und immateriellen Transaktionskosten eines neuen "Tauschvertrags" mit einem anderen Staat in Kauf nehmen, weil sie die diskontierten Nettoerträge dieses neuen "Vertrags" höher einschätzen als die opportunity costs, die sich aus der Auflösung des alten "Vertrags" zuzüglich der Transaktionskosten des Übergangs vom alten zum neuen Arrangement ergeben.

¹ Vgl. auch Behrens 1986, der bei der Diskussion der einzelnen Steuerungsverfahren immer auch die Konsequenzen für die Transaktionskosten untersucht.

Institutionen und Transaktionskosten stehen in einem engen Zusammenhang miteinander. Unterschiedliche Institutionen implizieren jeweils eine andere Organisation des Tauschs. Effiziente institutionelle Regelungen dienen der Reduktion der Transaktionskosten und erhöhen damit die Wahrscheinlichkeit für wohlfahrtssteigernden Tausch.¹

Für eine statische und isolierte Optimierung des Steuerungssystems wäre die Kenntnis der Transaktionskosten aller einzelnen Tauschverhältnisse ausreichend. Man würde für das jeweilige Tauschproblem die möglichen Arrangements feststellen und von diesen jeweils dasjenige mit den geringsten Transaktionskosten wählen.

Nur kennt man natürlich in der Realität weder die isolierten Transaktionskosten aller einzelnen Tauschverhältnisse noch die Kosten und Nutzen von deren interdependentem Zusammenwirken; und das Problem stellt sich auch nicht als eines der simultanen statischen Optimierung, sondern vielmehr als ein dynamischer Prozeß schrittweiser Verbesserung durch Versuch und Irrtum. Aus dieser Sicht ist es notwendig, die Ursachen für die Transaktionskosten sowie die Richtung und annähernde Stärke ihres Einflusses zu kennen, d.h. also auf die vorgenannten Taxonomien, insbesondere diejenige der Theorie des Marktversagens, zurückzugreifen.

6. Zur Frage der analytischen Äquivalenz der Taxonomien

Mit den Transaktionskosten gibt es u.E. zumindest *ein* übergreifendes Kriterium für die Charakterisierung aller Tauschformen, welches die Aussagen *aller* anderen Kriterien abzubilden vermag. Bei geeigneter Interpretation dürften auch die Möglichkeiten der Theorie des Marktversagens umfassend sein in dem Sinn, daß alles, was Transaktionskosten verursacht, auch Gegenstand der Theorie des Marktversagens ist und umgekehrt Marktversagen letztlich immer auf Transaktionskosten zurückgeführt werden kann. Das impliziert übrigens, daß der Name der Theorie des *Marktversagens* selbst ein unglückliches Produkt des Dualismus ist. Es gibt Märkte bzw. Tauschverhältnisse mit kontinuierlich verschiedenen Qualitäten. Unvollkommene, also "versagende" Märkte können gleichwohl das beste *verfügbare* Steuerungssystem sein.² Die Wahl der optimalen Tauschform erfolgt je nach Problem entsprechend den kontinuierlichen

¹ "Institutions provide the structure for exchange that (together with the technology employed) determines the cost of transacting and the cost of transformation." North 1990, S. 34. Vgl. auch North 1991.

² "With optimally designed contracts, monitoring, reputation, and competition, opportunism will be reduced but possibly not eliminated. However, this does not mean that the outcome is inefficient if it is truly impossible to find an alternative structure that is Pareto superior, because individuals lie and shirk, and monitoring and other forms of private and public control are too costly." Wittman 1989, S. 1399.

Qualitätsmerkmalen der hierfür im Prinzip zur Verfügung stehenden Alternativen.

Die Charakterisierungen des Tauschs mit Hilfe der jeweiligen Leistungen und Gegenleistungen sowie der übertragenen property rights scheinen uns hingegen - ohne eine den üblichen Sprachgebrauch sprengende Begriffsausweitung - nur partiell zu sein. Sie sind in den beiden anderen Ansätzen enthalten und insofern redundant, mögen aber heuristisch durchaus nützlich sein.

Wir glauben, damit gezeigt zu haben, daß zur Charakterisierung beliebiger Tauschverhältnisse ein einheitlicher (monistischer) Ansatz existiert und daß keine Taxonomie des Tauschs geeignet ist, die Vermutung zu stützen, die Realität könne durch etwas anderes als Pluralismus gekennzeichnet werden.

V. MARKT UND TAUSCH

In diesem Kapitel wird der (ökonomische) Markt zunächst noch einmal zusammenfassend als Spezialfall des Tauschs charakterisiert. Es stellt sich dann die Frage, ob und gegebenenfalls wie von den relativ gut bekannten Eigenschaften des Spezialfalls auf die Eigenschaften des allgemeinen Falls geschlossen werden kann sowie ob und gegebenenfalls wie die Theorie des Spezialfalls zu einer Theorie des allgemeinen Falls weiterentwickelt werden kann.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die traditionelle ökonomische Markttheorie nur begrenzte Gemeinsamkeiten aufweist, im übrigen aber in spezielle Theorien entsprechend den jeweiligen Wettbewerbsverhältnissen zerfällt. Es ist daher wichtig, zunächst einmal zu sagen, was "die" gemeinsame Markttheorie eigentlich beinhaltet. Anschließend muß untersucht werden, ob diese allgemeine Markttheorie auf andere Arten des Tauschs anwendbar ist.

Etwas einfacher wird sich die Sache für die Transaktionskostenökonomie und die property rights Theorie darstellen, die man als neue Markttheorien interpretieren kann und deren Anwendbarkeit auf andere Arten des Tauschs außer Frage steht.

1. Markt als spezieller Tausch

Notwendige Bedingungen für die Anwendbarkeit von Märkten als spezieller Tauschform sind zunächst zwei Eigenschaften der getauschten Güter: Es muß, erstens, das Ausschlußprinzip gelten; und es muß, zweitens, mög-

lich sein, die getauschten Leistungen und Gegenleistungen präzise zu definieren. Auch wenn diese beiden Bedingungen gegeben sind, kann marktmäßiger Austausch im konkreten Fall an zu hohen Transaktionskosten scheitern, obwohl er prinzipiell denkbar wäre. Es gibt also eine weitere notwendige Bedingung für die Anwendung von Märkten : Nach Abzug der Transaktionskosten muß, drittens, für die Beteiligten ein Nettonutzen übrig bleiben. Diese drei Bedingungen sind allerdings immer noch nicht hinreichend für den tatsächlichen Gebrauch von Märkten. Es könnte nämlich sein, daß im konkreten Fall eine andere Tauschform niedrigere Transaktionskosten aufweist und daher vorgezogen wird. Unterstellt man optimierenden institutionellen Wettbewerb, so wäre also zur Erstellung eines Sets von hinreichenden Bedingungen, viertens, erforderlich, daß im konkreten Fall der marktmäßige Austausch die niedrigsten Transaktionskosten von allen möglichen Austauschformen aufweist.¹

Diese vier Bedingungen sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Die Bedingung des Ausschlußprinzips ist trivial und ihr Zusammenhang mit den Transaktionskosten offensichtlich. Normalerweise zahlt niemand für etwas, was er umsonst haben kann. Zur Vorsicht sei jedoch angemerkt, daß das Ausschlußprinzip nur für das gehandelte Gut als solches gelten muß. Mit dem Gut verbundene externe Effekte werden dadurch natürlich nicht ausgeschlossen.

Die Bedingung der genügenden Präzisierung von Leistung und Gegenleistung ist wesentlich, damit ein Preis festgelegt und dadurch die exakte Vergleichbarkeit mit anderen gehandelten Gütern hergestellt werden kann. Auch hier ist der Zusammenhang mit den Transaktionskosten offensichtlich : Durch Aufwand von Kosten kann die Präzision des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung im allgemeinen gesteigert werden; jedoch können die Kosten für die ausreichende Präzisierung prohibitiv sein.

Dies trifft vor allem für unstandardisierte Güterbündel mit einem unbestimmten, möglicherweise weit in die Zukunft reichenden Zeitprofil zu. In manchen Fällen lassen sich mehr oder weniger gute Indikatoren hierfür finden wie z.B. am Arbeitsmarkt, wo eigentlich die Leistung des Arbeiters nachgefragt wird; gekauft wird aber im allgemeinen nur seine Zeit mit allen Problemen, die dieser unvollkommene Leistungsindikator bekanntlich mit sich bringt. In anderen Fällen existieren solche Indikatoren nicht : Für Sex gibt es einen Markt, für Liebe nicht. Gleichwohl kann

¹ Man kann natürlich die beiden ersten Bedingungen auch wieder auf das Transaktionskostenargument zurückführen. Man kommt dann auf eine notwendige (Nr. 3) und zwei hinreichende (Nr. 3 und 4) Bedingungen für den marktmäßigen Tausch. Zumindest für die Zwecke der Darstellung erscheint uns aber die separate Nennung der beiden ersten Bedingungen sinnvoll.

Liebe mit Erkenntnisgewinn als Tauschverhältnis interpretiert werden, aber eben nicht als marktfähiges.

Mangelhafte Standardisierung der gehandelten Güter *allein* verhindert übrigens nicht unbedingt die Präzisierbarkeit der Geschäftsbedingungen. Es gibt sehr viele einmalige Güter (z.B. Kunstwerke), die marktmäßig gehandelt werden, weil die Geschäftsbedingungen, Ware gegen Geld, mit Leichtigkeit zu präzisieren sind.

Es ist vielleicht nicht überflüssig zu erwähnen, daß Präzisierbarkeit nichts mit Vorhersehbarkeit bzw. Determinismus zu tun hat, wohl aber mit (subjektiver) Kalkulierbarkeit. Darauf basieren Lotterien, Wetten, Termingeschäfte, viele moderne Finanzmarktinstrumente etc. Wichtig für den marktmäßigen Austausch und die Preisbildung ist nicht die Vorhersehbarkeit der *Ergebnisse*, sondern die genaue Präzisierbarkeit der *Bedingungen* des Geschäfts.

Für die dritte Bedingung kann man neben den Beispielen, die aus den Transaktionskosten der beiden ersten Bedingungen abgeleitet werden können, weitere Fälle anführen, in denen die beiden ersten Bedingungen im Prinzip gegeben wären. Dies ist insbesondere bei sehr langen Terminkontrakten der Fall, bei denen die heutige Geltung des Ausschlußprinzips und die heutige Präzisierbarkeit der Geschäftsbedingungen kein Problem darstellt, die Ungewißheit über die längerfristige Zukunft sich aber in so hohen Risikoabschlägen und/oder erwarteten Durchsetzungskosten niederschlägt, daß die Geschäfte unterbleiben und sich keine Märkte bilden.

Für die vierte Bedingung schließlich ist an jene im Verlauf der vorherigen Erörterungen bereits angeführten Beispiele zu erinnern, in denen Tauschverhältnisse konstatiert wurden, die aber wegen der Nichtgeltung einer oder mehrerer der drei ersten Bedingungen nicht in marktmäßiger, sondern in einer anderen hierfür kostengünstigeren Form abgewickelt werden.

2. Allgemeine und spezielle Markttheorien

Angesichts der fundamentalen Bedeutung der Märkte in der Wirtschaft ist es eigentlich erstaunlich, daß auf eine *allgemeine* Markttheorie relativ wenig Wert gelegt wird, bzw. daß diejenigen Ansätze, die eigentlich als allgemeine Markttheorie verstanden werden können, häufig gar nicht aus dieser Perspektive betrachtet werden. Ein Stichwort "allgemeine Markt-

theorie" oder etwas Ähnliches wird man denn auch in den einschlägigen Handbüchern meist vergeblich suchen.¹

Märkte werden mit anderen Worten normalerweise einfach vorausgesetzt.² Behandelt werden dann die Unterschiede zwischen den vorhandenen Märkten. Das Interesse konzentrierte sich dabei bis vor kurzem vollständig auf die Preisbildung. Diesbezüglich hat man schon sehr früh bemerkt, daß es je nach Marktform erhebliche Unterschiede gibt. Diese Probleme sind im Rahmen der Marktformenlehre und der Preistheorie, die wir als *spezielle* Markttheorien bezeichnen wollen, im einzelnen abgehandelt worden.

Eine Zwischenstellung nimmt die Theorie des Marktversagens ein. Sie schließt unter dem Stichwort Marktmacht die älteren Probleme der Marktformenlehre und der Preistheorie ein und diskutiert sie unter Verwendung von deren Ergebnissen normativ. Sie kennt darüber hinaus weitere Ursachen von Marktversagen und ist insofern eine allgemeinere bzw. allgemeine Markttheorie. Die Probleme werden jedoch aus dem normativen Blickwinkel des paretooptimalen vollkommenen Markts mehr oder weniger pragmatisch und nicht unter Verwendung eines einheitlichen allgemeinen Analyserasters behandelt.

Erst in neuerer Zeit hat man die Unterschiede zwischen den verschiedenen vorhandenen Märkten in der Transaktionskostenökonomie und der property rights Theorie allgemein formuliert und ist damit einer allgemeinen Markttheorie bzw., noch genereller, einer allgemeinen Tauschtheorie sehr nahe gekommen, obwohl dies selten so formuliert wird. Die Sache wird deutlicher, wenn man sich einmal überlegt, welche eigentlich die wesentlichen Fragestellungen einer *allgemeinen* Markttheorie sein könnten.

Dazu seien ohne Anspruch auf Vollständigkeit vor allem die beiden folgenden Vorschläge gemacht :

Warum gibt es überhaupt Märkte ? Die Standardantwort auf diese Frage lautet, die Märkte seien notwendig für Arbeitsteilung. Diese Antwort vermag keineswegs zu befriedigen; es ist nämlich umgekehrt : Arbeitsteilung ist notwendig für die Entstehung von Märkten, hinreichend ist sie aber nicht. Denn der bei Arbeitsteilung notwendige Ausgleich der individuellen Güterüberschüsse und -defizite kann auch auf andere Weise - eben durch *nicht*marktmäßigen Austausch - erfolgen. Marktmäßig erfolgt der Ausgleich nur dann, wenn dies die beste, d.h. die kostengünstigste Methode hierfür ist. Es ist daher weiter zu fragen, unter welchen Umständen dies

¹ Der Leser wird aus dem Zusammenhang leicht erkennen, daß hier *nicht* die allgemeine Markttheorie im Sinne von Heuß 1965 oder im Sinne der modernen Industrieökonomik (Oberender 1994) gemeint ist.

² Vgl. auch Hodgson 1988, S. 172 ff.

der Fall ist; und diese Frage ist erst von der Transaktionskostenökonomie und der property rights Theorie gestellt und im Prinzip beantwortet worden.¹ Historisch formuliert lautet diese Frage : Wie erklärt man das geschichtliche Auftreten von Märkten ? Die Tatsachenfrage, seit wann es Märkte gibt, ist schon lange untersucht worden. Systematische Erklärungen dafür gibt es aber erst in der ökonomischen Theorie der Geschichte², und zwar auf der Basis der Transaktionskostenökonomie³ und der property rights Theorie⁴.

Welche allgemeinen Eigenschaften haben Märkte ? Wer sich mit nicht unerheblichem Aufwand in die moderne Preistheorie eingearbeitet hat, wird immer wieder verblüfft sein, wenn außerhalb der Preistheorie bei der Erörterung von Märkten ganz selbstverständlich von einfachen Angebots- und Nachfragegleichungen oder -diagrammen ausgegangen wird. Offenbar wird dabei fraglos unterstellt, daß es genügend gemeinsame Eigenschaften aller Märkte gibt, um dieses Vorgehen zu rechtfertigen, und daß diese gemeinsamen Eigenschaften gewissermaßen in den üblichen Angebots- und Nachfragekurven kondensiert sind. Daraus lassen sich dann die in verschiedenen Varianten kursierenden Listen von Markt- bzw. Preisfunktionen ableiten und als allgemeine Eigenschaften von Märkten interpretieren. Das Walras-Pareto-Modell gibt dann an, unter welchen Voraussetzungen diese Eigenschaften "vollkommen" gegeben sind, und die Theorie des Marktversagens zeigt, daß sich das Fehlen dieser Voraussetzungen im Prinzip in "unvollkommenen" Eigenschaften der Märkte niederschlägt. Aber, wie gesagt, anscheinend sind diese Eigenschaften doch so robust, daß man sie den Märkten jeweils stillschweigend unterstellt, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt wird.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir für unsere Zwecke festhalten :

- Wir verfügen im Prinzip über eine *allgemeine Theorie der Entstehung von Märkten* auf der Basis der Transaktionskostenökonomie und der property rights Theorie.
- Wir können die Theorie der Markt- bzw. Preisfunktionen als *Theorie der allgemeinen Eigenschaften von Märkten* interpretieren, wobei wir allerdings Vorsicht walten lassen müssen, da diese Eigenschaften mehr oder weniger "vollkommen" und im Grenzfall dann eben gar nicht vorhanden sein können.
- Mit der Marktformen- und Preistheorie, mit der Industrieökonomik und mit der Theorie des Marktversagens haben wir *spezielle Theorien der Eigenschaften von Märkten* teils ehrwürdigen Alters.

1 Kritisch dazu Hodgson 1988, S. 179 ff.

2 Vgl. dazu insbesondere North 1981 und North 1990.

3 Die entscheidende Rolle spielen dabei die Transport- und Kommunikationskosten.

4 In dieser Hinsicht liegt die entscheidende Rolle bei der Privatisierung zur effizienten Bewältigung zunehmender Knappheit.

• Dazu kommen neuerdings *spezielle Theorien der Eigenschaften von Märkten* wieder auf der Basis der Transaktionskostenökonomie und der property rights Theorie.

3. Zur Frage der Übertragbarkeit der ökonomischen Markttheorie(n) auf andere Tauschformen

Wir haben bereits früher festgestellt, daß die Transaktionskostenökonomie zumindest im Hinblick auf die Probleme, die uns hier interessieren, die property rights Theorie umfaßt.

Wir haben ebenfalls argumentiert, daß die Transaktionskostenökonomie mit der Theorie des Marktversagens in gewisser Weise äquivalent ist. Die Informations- und Anpassungskosten sind Transaktionskosten im engeren Sinn, während Externalitäten und Marktmacht als Folgen von Transaktionskosten gedeutet werden können.

Wir haben schließlich die Transaktionskosten bereits ausgiebig bei der Charakterisierung des Tauschs verwendet.

Die Transaktionskostenökonomie stellt sich insofern nicht nur als allgemeine Markttheorie, sondern auch als allgemeine Tauschtheorie dar, mit der beliebige Tausch- und Marktformen charakterisiert und bezüglich ihrer Funktionalität oder anspruchsvoller : Optimalität analysiert werden können. Damit ist zugleich ihre Entstehung, ihre Veränderung und ihr Verschwinden erklärbar.

Die Übertragbarkeit der Theorie der Markt- und Preisfunktionen, der Theorie der Marktformen, der Preistheorie und der Industrieökonomik auf andere Tauschformen erscheint hingegen eher problematisch. Natürlich sind Preise, allgemein betrachtet, Tauschverhältnisse. Aber Tauschverhältnisse können nicht ohne weiteres analog den Preisen behandelt werden. Das Preissystem beinhaltet quantitativ präzisierte Tauschrelationen mit *derselben* Dimension. Alle cross rates sind damit unmittelbar bekannt und dementsprechend alle Güter in ihrem Marktwert unmittelbar miteinander vergleichbar, was ein Höchstmaß an Kalkulierbarkeit impliziert. Über die Ressourcenrestriktionen sowie die Substitutions- und Komplementaritätseffekte ergibt sich zusätzlich ein Höchstmaß von Interdependenz. Alles das ist bei nichtmarktlichem Tausch in sehr viel geringerem Maß oder gar nicht der Fall. Die Aussagen der vorgenannten Theorien hängen jedoch in hohem Maß gerade von der Existenz kardinaler Preise mit einheitlicher Dimension und der daraus folgenden Kalkulierbarkeit und Interdependenz ab, weshalb mit ihrer analogen Anwendung auf

Tauschverhältnisse zwischen vagen Gütern sehr vorsichtig zu verfahren ist.¹

VI. KONSEQUENZEN FÜR DIE ORDNUNGSTHEORIE

In diesem Kapitel wird die analytische Ausgangsfrage wieder aufgenommen, indem im Licht der bisherigen Ergebnisse abgeschätzt wird, ob die Interpretation der verschiedenen real vorkommenden Steuerungssysteme als Tausch und ihre Analyse mittels einer allgemeinen Tauschtheorie ein größeres oder ein geringeres Potential aufweist als die Dualismus-, Trialismus- etc. -theorien und worin dieses Potential besteht.

Wir möchten zunächst daran erinnern, daß wir nicht "das" volkswirtschaftliche Steuerungssystem behandeln; denn ein einheitliches System existiert normalerweise gar nicht. Vielmehr stellt sich eine moderne Volkswirtschaft als ein Netz interdependenter Steuerungssysteme dar, in dem auch viele Einzelprobleme nicht durch ein einziges, sondern durch eine Kombination mehrerer Steuerungsverfahren (mehr oder weniger effizient) gelöst werden.

Was nun die einzelnen Steuerungssysteme angeht, so stehen sich im Prinzip zwei Meinungen gegenüber. Nach der einen Meinung gibt es eine diskrete Zahl von "wesensmäßig" verschiedenen Verfahren, die dementsprechend je für sich zu untersuchen sind. Nach der andern Meinung sind die real existierenden Verfahren Varianten eines einheitlichen Basisverfahrens, das im Prinzip kontinuierlich variiert werden kann. Damit werden alle diskreten Klassifikationen der Steuerungsverfahren und erst recht alle Behauptungen über "Wesensunterschiede" zwischen ihnen grundsätzlich in Zweifel gezogen. Es wird vielmehr impliziert, daß Klassifikationen der Steuerungsverfahren im Prinzip beliebig, d.h. eine reine Frage der jeweiligen Zweckmäßigkeit sind, daß es zahllose gegenwärtig nicht gebräuchliche Verfahren geben könnte, vielleicht einmal gegeben hat und vielleicht einmal geben wird, die irgendwo im Umfeld der heute gebräuchlichen Verfahren liegen, und daß alle diese Verfahren auf der Basis derselben Grundannahmen und mit denselben analytischen Methoden untersucht werden können.

¹ Vgl. hierzu den Vorwurf von Rowley 1993, S. xiv an Chicago Political Economy, die neoklassische Preistheorie unmodifiziert, d.h. ohne Änderung der Zusatzhypothesen, auf die Analyse politischer Märkte zu übertragen. In der Terminologie von Lakatos 1978 könnte das Problem folgendermaßen formuliert werden: Bei der Übertragung der ökonomischen Markttheorie auf andere Tauschformen bleibt der geschützte Kern der Markttheorie, repräsentiert durch die drei Grundfiguren des analytischen Monismus, unangetastet. Jedoch müssen die Zusatzhypothesen, die für die Ableitung empirisch überprüfbarer Hypothesen eingeführt werden, jeweils den speziell zu untersuchenden Tauschformen angepaßt werden.

Die dafür vorgeschlagenen Grundannahmen und analytischen Methoden sind der methodologische Individualismus, die Theorie des individuellen Rationalverhaltens und die Tauschtheorie als allgemeine Theorie der Interaktion. Während die beiden ersten Punkte heute als unbestritten gelten können, bedarf die Tauschtheorie als allgemeine Theorie der Interaktion noch der Argumentation. Wir haben versucht zu zeigen, daß die Interpretation der Steuerungssysteme als Tausch ohne große Schwierigkeiten möglich ist und daß es mit der Transaktionskostenökonomie eine allgemeine Theorie wichtiger Eigenschaften der verschiedenen Tauschverfahren gibt. Märkte wurden als spezielle Tauschverfahren eingeordnet und die Frage der Übertragbarkeit von Erkenntnissen der Markttheorie(n) auf die allgemeine Tauschtheorie diskutiert. Schwierigkeiten bereitet dabei vor allem eine allgemeine Theorie des Austauschverhältnisses von Leistung und Gegenleistung, weil die Erkenntnisse der Preistheorie hierauf nicht ohne weiteres anwendbar erscheinen.

Die Frage, wie man die Steuerungssysteme analytisch behandelt, ist kein Streit um des Kaisers Bart. Nicht nur verspricht eine einheitliche Theorie den Anschluß der Ordnungstheorie an die allgemeine ökonomische Theorie und wissenschaftliche Skalenerträge¹ bei der Erforschung der Funktionsweise der verschiedenen Steuerungssysteme. Sie ermöglicht auch die Diskussion der interessanten Fragen des Entstehens, der Veränderung und des Vergehens von Steuerungssystemen *ohne* Paradigmawechsel² als Fragen nach der Durchsetzung der unter den jeweiligen Bedingungen effizientesten Tauschform.

Die Ordnungstheorie unterscheidet sich nicht durch ihre Grundannahmen und Methoden und auch nicht durch ihre Ergebnisse, sondern durch ihre Fragestellungen von anderen Zweigen der ökonomischen Theorie. Die Grundannahmen und Methoden sind nämlich dieselben; und die Ergebnisse sind immer nur vorläufige mittels der Grundannahmen und Methoden gewonnene Antworten auf die gestellten Fragen, so daß sie sich als eigenständiges Unterscheidungskriterium nicht eignen.

Die historische Situation hat sich durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und die verschärfte Standort- und Ordnungskonkurrenz in der Welt grundlegend geändert. In der Ordnungstheorie sind keine holzschnittartigen Basismodelle mehr gefragt; ihr wissenschaftlicher und praktischer Nutzen war immer schon zweifelhaft. In der Ordnungspolitik gibt es zwar noch für einige Zeit die große, in gewisser Weise

¹ Vgl. Herder-Dorneichs (1992, S. 4) Hinweis auf den Nutzen des Analogieverfahrens.

² Dieses Vorgehen empfiehlt auch Boettcher 1983, S. 13 f. bei der Beschäftigung mit neuen Untersuchungsgegenständen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Theorie der Firma. Mängel der neoklassischen Theorie, welche die Unternehmung als black box behandelte, wurden nicht durch ihre Aufgabe, sondern durch ihre Verallgemeinerung im Rahmen der Vertragstheorie der Unternehmung mit Erfolg behoben.

"dualistische" Aufgabe der Transformation der ehemaligen Planwirtschaften zu Marktwirtschaften. Daneben und vor allem wird aber die Ordnungskonkurrenz unter den Marktwirtschaften mehr denn je zu ordnungstheoretischer und -politischer Detailarbeit zwingen. Empirisch und praktisch ist dabei vom Pluralismus auszugehen. Methodisch und analytisch kommt dafür nur der Monismus in Frage.

VERZEICHNIS DER ZITIERTEN LITERATUR

Alchian, Armen A., and Harold Demsetz, "Production, Information Costs, and Economic Organization", *American Economic Review*, 62 1972, 777-795.

Axelrod, Robert, *The Evolution of Cooperation*, New York 1984.

Bahro, Rudolf, *Die Alternative*, Köln/Frankfurt 1977.

Behrens, Peter, *Die ökonomischen Grundlagen des Rechts. Politische Ökonomie als rationale Jurisprudenz*, Tübingen 1986.

Boettcher, Erik, "Der Neue Institutionalismus als Teil der Lehre von der Neuen Politischen Ökonomie", *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, 2. Bd., 1983, 1-15.

Buchanan, James M. and Gordon Tullock, *The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor 1962.

Buchanan, James M., "An Economic Theory of Clubs", *Economica*, Vol. 32, No. 125, February 1965, 1-14.

Buchanan, James M., *The Limits of Liberty*, Chicago/London 1975.

Buchanan, James M., *Freedom in Constitutional Contract*, London 1977.

Buchanan, James M., "Politics without Romance: A Sketch of Positive Public Choice Theory and Its Normative Implications", James M. Buchanan and Robert D. Tollison (eds.), *The Theory of Public Choice-II*, Ann Arbor 1984, 11-22.

Buchanan, James M., "The Public Choice Perspective", in James M. Buchanan, *Liberty, Market and State. Political Economy in the 1980s*, New York 1986, 19-27.

Cheung, Steven N. S., "Economic Organization and Transaction Costs", *The New Palgrave*, 1987, 55-58.

Coase, Ronald H., "The Nature of the Firm", *Economica*, Vol. 4, 1937, 386-405.

Coleman, James S., *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Mass./London 1990.

Dahl, Robert A. and Charles E. Lindblom, Politics, Economics, and Welfare. Planning and Politico-Economic Systems Resolved into Basic Social Processes, New York, Evanston/London 1953.

Demsetz, Harold, "Information and Efficiency: Another Viewpoint", The Journal of Law and Economics, 12 1969, 1-22.

Downs, Anthony, An Economic Theory of Democracy, New York 1957.

Dugger, William M., "The Transaction Cost Analysis of Oliver E. Williamson: A New Synthesis?", Journal of Economic Issues, 17, 1, 1983, 95-114.

Eickhof, Norbert, "Theorien des Markt- und Wettbewerbsversagens", Wirtschaftsdienst, IX, 1986, 468-476.

Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8. Auflage, Berlin/Heidelberg/New York 1965 (1. Auflage 1940).

Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Gekürzte Ausgabe, Reinbek 1963 (1. Originalauflage 1952).

Frey, Bruno S., Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik, München 1981.

Frey, Bruno S., "Vergleichende Analyse von Institutionen. Die Sicht der Politischen Ökonomie", Staatswissenschaften und Staatspraxis 1/2, 1990, 158-175.

Friedman, Milton, Kapitalismus und Freiheit, München 1976 (1. amerikanische Auflage 1962).

Friedman, Milton und Rose, Chancen, die ich meine, Berlin/Frankfurt/Wien 1980 (1. amerikanische Auflage 1980).

Friedman, Milton und Rose, Die Tyrannei des status quo, München 1985 (1. amerikanische Auflage 1984).

Fritsch, Michael, Thomas Wein und Hans-Jürgen Ewers, Marktversagen und Wirtschaftspolitik, München 1993.

Furubotn Eirik G. and Svetozar Pejovich, "Property Rights and the Behavior of the Firm in a Socialist State", Zeitschrift für Nationalökonomie, Band 30, 1970, S. 431-454.

Furubotn, Eirik G. and Svetozar Pejovich, "Property Rights, Economic Decentralization, and the Evolution of the Yugoslav Firm, 1965-1972", *Journal of Law and Economics*, Vol. 16, 1973, S. 275-302.

Furubotn, Eirik G., "The New Institutional Economics. Some Perspectives on Contractual Relations", *Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)*, 144 1988, 1-5.

Galbraith, John K., *Die moderne Industriegesellschaft*, München/Zürich 1968.

Harding, Fred O. (Philipp Herder-Dorneich), *Politisches Modell zur Wirtschaftstheorie*, Freiburg i. Br. 1959.

von Hayek, Friedrich A., *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971.

von Hayek, Friedrich A., *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Band 1, München 1980. Band 2, München 1981a. Band 3, München 1981b.

Herder-Dorneich, Philipp und Manfred Groser, *Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs*, Göttingen 1977.

Herder-Dorneich, Philipp, *Gesundheitsökonomik*, Stuttgart 1980a.

Herder-Dorneich, Philipp, "Substitution und Kombination von Ordnungen", W. Dettling (Hrsg.), *Die Zählung des Leviathan. Neue Wege der Ordnungspolitik*, Baden-Baden 1980b, 107-128.

Herder-Dorneich, Philipp, "Die Entwicklungsphasen der Sozialen Marktwirtschaft und der Paradigmenwechsel in der Ordnungstheorie", Otmar Issing (Hrsg.), *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin 1981, 671-687.

Herder-Dorneich, Philipp, "Neue Politische Ökonomie als Paradigma. Ihre Aktualität und ihre Weiterentwicklung in der Diskussion", *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, 11. Bd., 1992, 1-15.

Heuß, Ernst, *Allgemeine Markttheorie*, Tübingen/Zürich 1965.

Hirschman, Albert O., *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge, Mass./London 1970.

Hodgson, Geoffrey M., *Economics and Institutions. A Manifesto for a Modern Institutional Economics*, Oxford 1988.

Jeitziner, Bruno, Ordnungstheorie auf entscheidungstheoretischer Grundlage, Baden-Baden 1989.

Jensen, Michael C., "Organization Theory and Methodology", The Accounting Review, Vol. LVIII, No. 2, 1983, 319-339.

Kaas, Klaus Peter und Marc Fischer, "Der Transaktionskostenansatz", WISU, 8-9 1993, 686-693.

Kirsch, Guy, Neue Politische Ökonomie. 3. Auflage, Düsseldorf 1993.

Kleinewefers, Henner, Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt/New York 1985.

Kleinewefers, Henner, Grundzüge einer verallgemeinerten Wirtschaftsordnungstheorie, Tübingen 1988.

Lakatos, Imre, The Methodology of Scientific Research Programs, Cambridge 1978.

Leipold, Helmut, Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, 5. Auflage, Stuttgart 1988 (1. Auflage 1976).

Machlup, Fritz, "Idealtypus, Wirklichkeit und Konstruktion", ORDO, 12. Band, 1960/61, S. 21-57.

Macneil, Ian R., "The Many Futures of Contracts", Southern California Law Review, 47, May 1974, 691-816.

Macneil, Ian R., "Contracts: Adjustments of Long-term Economic Relations under Classical, Neoclassical, and Relational Contract Law", Northwestern University Law Review, 72, 1978, 854-906.

McCormick, Robert E. and Robert D. Tollison, Politicians, Legislation, and the Economy. An Inquiry into the Interest-Group Theory of Government, Boston/The Hague/London 1981.

Meadows, Dennis et al., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

Meißner, Herbert, Konvergenztheorie und Realität, Frankfurt 1971.

Mitchell, William C. and Michael C. Munger, "Economic Models of Interest Groups: An Introductory Survey", American Journal of Political Science, Vol. 35, No. 2, May 1991, 512-546.

Mitchell, William C., "Chicago Political Economy: A Public Choice Perspective", *Public Choice*, Vol. 63, 1989, 283-292.

Moe, Terry M., "The New Economics of Organization", *American Journal of Political Science*, No. 4, Vol. 28, 1984, 739-777.

North, Douglass C., *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge 1990.

North, Douglass C., "Institutions", *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 5, No. 1, Winter 1991, 97-112.

North, Douglass C., *Structure and Change in Economic History*, New York/London 1981.

Nozick, Robert, *Anarchy, State, and Utopia*, New York 1974.

Oberender, Peter, "Industrieökonomik", *WiSt* 1994, S. 65-73.

Olson, Mancur, *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Harvard Economic Studies, Vol. CXXIV. Cambridge, Massachusetts, London 1965.

Ordeshook, Peter C., "The emerging discipline of political economy", in James E. Alt and Kenneth A. Shepsle (eds.), *Perspectives on Positive Political Economy*, Cambridge 1990, 9-30.

Pejovich, Svetozar, "The Firm, Monetary Policy and Property Rights in a Planned Economy", *Western Economic Journal*, Vol. 7, 1969, S. 193-200.

Pejovich, Svetozar, "The Banking System and the Investment Behavior of the Yugoslav Firm", in : *Plan and Market*, New Haven 1973.

Pejovich, Svetozar, "The Capitalist Corporation and the Socialist Firm : a Study of Comparative Efficiency", *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 112. Jahrgang, 1976, S. 1-25.

Pejovich, Svetozar, *The Economics of Property Rights : Towards a Theory of Comparative Systems*, Dordrecht/Boston/London 1990.

Peltzman, Sam, "How Efficient is the Voting Market?", *Journal of Law and Economics*, Vol. XXXIII, 1990, 27-63.

Peltzman, Sam, "Toward a More General Theory of Regulation", *Journal of Law and Economics*, Vol. XIX, No. 2, August 1976, 211-248.

Picot, Arnold, "Transaktionskostenansatz in der Organisationstheorie: Stand der Diskussion und Aussagewert", *Die Betriebswirtschaft*, Vol. 42, No. 2, 1982, 267-284.

Pies, Ingo, *Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus*, Tübingen 1993.

Posner, Richard A., *Economic Analysis of Law*, 3rd ed., Boston/Toronto 1986 (1st ed. 1973).

Pratt, John W. and Richard J. Zeckhauser, "Principals and Agents: An Overview", in John W. Pratt and Richard J. Zeckhauser (eds.), *Principals and Agents: The Structure of Business*, Boston 1991, 1-35.

Rawls, John, *A Theory of Justice*, Cambridge (Mass.) 1971.

Riker, William H. and Peter C. Ordeshook, *Introduction to Positive Political Theory*, Englewood Cliffs, N. J. 1973.

Ritschl, Hans, "Wirtschaftsordnung", *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, 12. Band, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1965.

Rowley, Charles K. and Michelle A. Vachris, "Snake Oil Economics versus Public Choice", in Charles K. Rowley (ed.), *Public Choice Theory*, Aldershot/Brookfield 1993, 573-584.

Rowley, Charles K., (ed.), *Public Choice Theory*, Aldershot/Brookfield 1993.

Rowley, Charles K., "Introduction", in Charles K. Rowley (ed.), *Public Choice Theory*, Aldershot/Brookfield 1993, ix-xxix.

Rowley, Charles K., William F. Shughart II and Robert D. Tollison, "Interest Groups and Deficits", in James M. Buchanan, Charles K. Rowley and Robert D. Tollison (eds.), *Deficits*, Oxford 1987, 263-280.

Schenk, Karl-Ernst, *Märkte, Hierarchien und Wettbewerb. Elemente einer Theorie der Wirtschaftsordnung*, München 1981.

Schenk, Karl-Ernst, *New Institutional Dimensions of Economics. Comparative Elaboration and Application*, Berlin/Heidelberg/New York 1988.

Schumpeter, Joseph. A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. Auflage, Bern 1950 (1. amerikanische Auflage 1942).

Shughart II, William F., *Antitrust Policy and Interest-Groups Politics*, New York/Westport/London 1990.

Silberberg, Eugene, *The Structure of Economics. A Mathematical Analysis*, 2nd edition, New York 1990.

Stigler, George J. and Gary S. Becker, "De Gustibus non est Disputandum", *American Economic Review*, 66 1977, 76-90.

Stigler, George J., (ed.), *Chicago Studies in Political Economy*, Chicago/London 1988.

Stigler, George J., "Economic Competition and Political Competition", *Public Choice*, Vol. XIII, Fall 1972, 91-106.

Stigler, George J., "The Theory of Economic Regulation", *The Bell Journal of Economics and Management Science*, Vol. 2, No. 1, Spring 1971, 3-21.

Tinbergen, Jan, "Do Communist and Free Societies Show a Converging Pattern?" *Soviet Studies*, Vol. XII, 1961, S. 333 ff.

Tollison, Robert D., "Chicago Political Economy", *Public Choice*, Vol. 63, 1989, 293-297.

Tollison, Robert D., "Public Choice and Legislation", in W. Mark Crain and Robert D. Tollison (eds.), *Predicting Politics. Essays in Empirical Public Choice*, Ann Arbor 1990, 15-42.

Weingast, Barry R. and William J. Marshall, "The Industrial Organization of Congress; or, Why Legislatures, Like Firms, Are Not Organized as Markets", *Journal of Political Economy*, Vol. 96, No. 1, 1988, 132-163.

Williamson, Oliver E., *Markets and Hierarchies: Analysis and Antitrust Implications. A Study in the Economics of Internal Organization*, New York 1975.

Williamson, Oliver E., *The Economic Institutions of Capitalism. Firms, Markets, Relational Contracting*, New York 1985.

Williamson, Oliver E., "The Economic Analysis of Institutions and Organisations - in General and with Respect to Country Studies", OECD, Economics Department, Working Papers No. 133, Paris 1993.

Windhoff, Bernd, *Darstellung und Kritik der Konvergenztheorie*, Bern/Frankfurt 1971.

Wittman, Donald, "Why Democracies Produce Efficient Results", *Journal of Political Economy*, Vol. 97, No. 6, 1989, 1395-1424.